Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6532

28. 02. 90

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Oktober 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung

A. Zielsetzung

Mit der Italienischen Republik besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiet der direkten Steuern vom 31. Oktober 1925. Dieses Abkommen entspricht in vielen Punkten nicht mehr dem gegenwärtigen Stand des internationalen Wirtschaftsverkehrs und dem Steuerrecht beider Staaten; es war daher an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

B. Lösung

Das Abkommen vom 18. Oktober 1989 enthält die erforderlichen Anpassungen. Es entspricht außerdem nach seinem Aufbau und Inhalt weitgehend den Grundsätzen des OECD-Musterabkommens von 1977 und erleichtert damit die Abkommensanwendung für die Praxis. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Das Abkommen führt im Bereich der Dividendenbesteuerung zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von rund 25 Millionen DM.

Den Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen durch die Besteuerung der Einkünfte aus in Italien ausgeübter nichtselbständiger Arbeit von etwa 60 Millionen DM gegenüber. Eine Gesamtschätzung der Mehr- oder Mindereinnahmen ist nicht möglich.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (43) – 521 05 – Do 68/90

Bonn, den 28. Februar 1990

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Oktober 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung mit Begründung, Anlage und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 609. Sitzung am 16. Februar 1990 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Anlage

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 18. Oktober 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. Oktober 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Protokollbestimmung Nummer 22 Buchstabe b in Verbindung mit der Protokollbestimmung Nummer 16 Buchstabe e ist ab 1. Januar 1990 anzuwenden. Bereits ergangene Steuerfestsetzungen sind aufzuheben oder zu ändern. Steuerfestsetzungen sowie ihre Aufhebung und Änderung sind insoweit auch zulässig, wenn die Festsetzungsfrist abgelaufen ist; dies gilt nur bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist gemäß Artikel 31 Abs. 2 nach seinem Inkrafttreten erstmals auf Steuern des Steuerjahrs anzuwenden, das dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt. Für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sieht die Protokollbestimmung Nr. 22 Buchstabe b eine rückwirkende Anwendung ab 1. Januar 1989 vor. Weil das Gesetz erst 1990 verabschiedet werden kann, wird dieser Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung aus verfassungsrechtlichen Gründen durch Artikel 2 auf den 1. Januar 1990 hinausgeschoben unter Berücksichtigung der zulässigen Rückbeziehung auf den Beginn des Veranlagungszeitraums, in dem die fragliche Norm in Kraft tritt (vgl. Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 10. März 1971 – BVerfGE Band 30, S. 272, 284 ff.).

Durch Artikel 2 ist sichergestellt, daß die Anwendung des Abkommens ab 1. Januar 1990 weder durch bereits ergangene Steuerfestsetzungen noch durch den Ablauf von Festsetzungsfristen eingeschränkt ist.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen durch Steuerverzichte der Italienischen Republik beseitigt wird. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern bei Bund, Ländern und Gemeinden. Im Bereich der Dividendenbesteuerung kommt es zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von rund 25 Millionen. Den Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen durch die Besteuerung der Einkünfte aus in Italien ausgeübter nichtselbständiger Arbeit von etwa 60 Millionen gegenüber. Eine Gesamtschätzung der Mehr- oder Mindereinnahmen ist nicht möglich. Haushaltswirtschaftlich sind sie nicht von Gewicht.

Von dem Gesetz sind Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung

Convenzione tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e prevenire le evasioni fiscali

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Italienische Republik –

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen die Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu vermeiden und die Steuerverkürzung zu verhindern –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

a) in der Italienischen Republik
   i) die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen (imposta sul reddito delle persone fisiche),
   ii) die Steuer vom Einkommen juristischer Personen (imposta sul reddito delle persone giuridiche)
   iii) und die lokale Steuer vom Einkommen (imposta locale sui redditi),

   auch wenn sie im Abzugsweg erhoben werden (im folgenden als „italienische Steuer" bezeichnet);

b) in der Bundesrepublik Deutschland
   i) die Einkommensteuer,
   ii) die Körperschaftsteuer,

La Repubblica federale di Germania

e

la Repubblica italiana,

desiderose di evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e di prevenire le evasioni fiscali mediante una nuova Convenzione,

hanno convenuto le seguenti disposizioni:

Articolo 1

Soggetti

La presente Convenzione si applica alle persone che sono residenti di uno o di entrambi gli Stati contraenti.

Articolo 2

Imposte considerate

1. La presente Convenzione si applica alle imposte sul reddito e sul patrimonio prelevate per conto di uno Stato contraente, di un Land, di una loro suddivisione politica o amministrativa e di un loro ente locale, qualunque sia il sistema di prelevamento.

2. Sono considerate imposte sul reddito e sul patrimonio le imposte prelevate sul reddito complessivo, sul patrimonio complessivo o su elementi del reddito o del patrimonio, comprese le imposte sugli utili derivanti dall'alienazione di beni mobili o immobili, le imposte sull'ammontare complessivo dei salari pagati dalle imprese, nonché le imposte sui plusvalori.

3. Le imposte attuali cui si applica la Convenzione sono:

a) per quanto concerne la Repubblica italiana:
   i) l'imposta sul reddito delle persone fisiche,
   ii) l'imposta sul reddito delle persone giuridiche
   iii) e l'imposta locale sui redditi,

   ancorché riscosse mediante ritenuta alla fonte (qui di seguito indicate quali «imposta italiana»);

b) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania:
   i) l'imposta sul reddito (Einkommensteuer),
   ii) l'imposta sulle società (Körperschaftsteuer),

iii) die Vermögensteuer,

iv) die Gewerbesteuer

v) und die Grundsteuer

(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den in Absatz 3 genannten Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

iii) l'imposta sul patrimonio (Vermögensteuer),

iv) l'imposta sulle attività commerciali, industriali e artigianali (Gewerbesteuer),

v) e l'imposta fondiaria (Grundsteuer)

(qui di seguito indicate quali «imposta tedesca»).

4. La Convenzione si applica anche alle imposte di natura identica o analoga che si aggiungeranno, dopo la data della firma della presente Convenzione, alle imposte considerate al paragrafo 3 o che le sostituiranno. Le autorità competenti degli Stati contraenti si comunicheranno le modifiche sostanziali apportate alle rispettive legislazioni fiscali.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Italienische Republik oder die Bundesrepublik Deutschland;

b) bedeutet der Ausdruck „Italienische Republik“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet der Italienischen Republik, in dem das Steuerrecht der Italienischen Republik gilt;

c) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt;

d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

  i) in bezug auf die Italienische Republik alle natürlichen Personen, die die italienische Staatsangehörigkeit besitzen;

  ii) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

  iii) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

  i) in Italien das Finanzministerium;

  ii) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Articolo 3

Definizioni generali

1. Ai fini della presente Convenzione, a meno che il contesto non richieda una diversa interpretazione:

a) le espressioni «uno Stato contraente» e «l'altro Stato contraente» designano, come il contesto richiede, la Repubblica italiana o la Repubblica federale di Germania;

b) l'espressione «Repubblica italiana», utilizzata in senso geografico, designa il territorio in cui è in vigore la legislazione fiscale della Repubblica italiana;

c) l'espressione «Repubblica federale di Germania», utilizzata in senso geografico, designa il territorio in cui è in vigore la legislazione fiscale della Repubblica federale di Germania;

d) il termine «persona» comprende le persone fisiche, le società ed ogni altra associazione di persone;

e) il termine «società» designa qualsiasi persona giuridica o qualsiasi ente che è considerato persona giuridica ai fini dell'imposizione;

f) le espressioni «impresa di uno Stato contraente» e «impresa dell'altro Stato contraente» designano rispettivamente un'impresa esercitata da un residente di uno Stato contraente e un'impresa esercitata da un residente dell'altro Stato contraente;

g) l'espressione «traffico internazionale» designa qualsiasi trasporto effettuato per mezzo di una nave o di un aeromobile utilizzati da un'impresa la cui sede di direzione effettiva è situata in uno Stato contraente, ad eccezione del caso in cui la nave o l'aeromobile sia utilizzato esclusivamente tra località situate nell'altro Stato contraente;

h) il termine «nazionali» designa:

  i) per quanto concerne la Repubblica italiana, le persone fisiche che hanno la nazionalità italiana;

  ii) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania, i tedeschi così come definiti all'articolo 116, paragrafo 1, della Legge fondamentale della Repubblica federale di Germania;

  iii) le persone giuridiche, le società di persone e le altre associazioni di persone costituite in conformità della legislazione in vigore in uno Stato contraente;

i) l'espressione «autorità competente» designa:

  i) in Italia: il Ministero delle Finanze;

  ii) nella Repubblica federale di Germania: il Ministro federale delle Finanze.

2. Per l'applicazione della Convenzione da parte di uno Stato contraente, ogni espressione ivi non definita ha il significato che ad essa è attribuito dal diritto di tale Stato relativo alle imposte cui si applica la Convenzione, a meno che il contesto non richieda una diversa interpretazione.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Articolo 4

Residenza

1. Ai fini della presente Convenzione, l'espressione «residente di uno Stato contraente» designa ogni persona che, in virtù della legislazione di detto Stato, è assoggettata ad imposta nello stesso Stato a motivo del suo domicilio, della sua residenza, della sede della sua direzione e di ogni altro criterio di natura analoga. Tuttavia, tale espressione non comprende le persone che sono assoggettate ad imposta in questo Stato soltanto per il reddito proveniente da fonti situate in detto Stato o per il patrimonio ivi situato.

2. Quando, in base alle disposizioni del paragrafo 1, una persona fisica è un residente dei due Stati contraenti, la sua situazione è determinata nel modo seguente:

a) detta persona è considerata residente dello Stato nel quale dispone di un'abitazione permanente; quando essa dispone di un'abitazione permanente nei due Stati, è considerata residente dello Stato con il quale le sue relazioni personali ed economiche sono più strette (centro degli interessi vitali);

b) se non si può determinare lo Stato contraente nel quale detta persona ha il centro dei suoi interessi vitali, o se la medesima non ha un'abitazione permanente in alcuno degli Stati, essa è considerata residente dello Stato in cui soggiorna abitualmente;

c) se detta persona soggiorna abitualmente in entrambi gli Stati oppure non soggiorna abitualmente in alcuno di essi, essa è considerata residente dello Stato del quale ha la nazionalità;

d) se detta persona ha la nazionalità di entrambi gli Stati o se non ha la nazionalità di alcuno di essi, le autorità competenti degli Stati contraenti risolvono la questione di comune accordo.

3. Quando, in base alle disposizioni del paragrafo 1, una persona diversa da una persona fisica è residente di entrambi gli Stati contraenti, si ritiene che essa è residente dello Stato in cui si trova la sede della sua direzione effettiva.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte" umfaßt insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

Articolo 5

Stabile organizzazione

1. Ai fini della presente Convenzione, l'espressione «stabile organizzazione» designa una sede fissa di affari in cui l'impresa esercita in tutto o in parte la sua attività.

2. L'espressione «stabile organizzazione» comprende in particolare:

a) una sede di direzione;

b) una succursale;

c) un ufficio;

d) un'officina;

e) un laboratorio;

f) una miniera, una cava o altro luogo di estrazione di risorse naturali;

g) un cantiere di costruzione o di montaggio la cui durata oltrepassa i dodici mesi.

3. Non si considera che vi sia una «stabile organizzazione» se:

a) si fa uso di una installazione ai soli fini di deposito, di esposizione o di consegna di merci appartenenti all'impresa;

b) le merci appartenenti all'impresa sono immagazzinate ai soli fini di deposito, di esposizione o di consegna;

c) le merci appartenenti all'impresa sono immagazzinate ai soli fini della trasformazione da parte di un'altra impresa;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine im erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vermittler ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

d) una sede fissa di affari è utilizzata ai soli fini di acquistare merci o di raccogliere informazioni per l'impresa;

e) una sede fissa di affari è utilizzata, per l'impresa, ai soli fini di pubblicità, di fornire informazioni, di ricerche scientifiche o di attività analoghe che abbiano carattere preparatorio o ausiliario.

4. Una persona che agisce in uno Stato contraente per conto di un'impresa dell'altro Stato contraente – diversa da un agente che goda di uno status indipendente, di cui al paragrafo 5 – è considerata «stabile organizzazione» nel primo Stato se dispone nello Stato stesso di poteri che esercita abitualmente e che le permettano di concludere contratti a nome dell'impresa, salvo il caso in cui l'attività di detta persona sia limitata all'acquisto di merci per l'impresa.

5. Non si considera che un'impresa di uno Stato contraente ha una stabile organizzazione nell'altro Stato contraente per il solo fatto che essa vi esercita la propria attività per mezzo di un mediatore, di un commissionario generale o di ogni altro intermediario che goda di uno status indipendente, a condizione che dette persone agiscano nell'ambito della loro ordinaria attività.

6. Il fatto che una società residente di uno Stato contraente controlli o sia controllata da una società residente dell'altro Stato contraente ovvero svolga la sua attività in questo altro Stato (sia per mezzo di una stabile organizzazione oppure no) non costituisce di per sé motivo sufficiente per far considerare una qualsiasi delle dette società una stabile organizzazione dell'altra.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sowie die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten. Als unbewegliches Vermögen gelten ferner Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Articolo 6

Redditi immobiliari

1. I redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae da beni immobili (compresi i redditi delle attività agricole o forestali) situati nell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. L'espressione «beni immobili» ha il significato che ad essa attribuisce il diritto dello Stato contraente in cui i beni stessi sono situati. L'espressione comprende in ogni caso gli accessori, le scorte morte o vive delle attività agricole e forestali, nonché i diritti ai quali si applicano le disposizioni del diritto privato riguardanti la proprietà fondiaria. Si considerano altresì «beni immobili» l'usufrutto dei beni immobili e i diritti relativi a canoni variabili o fissi per lo sfruttamento o la concessione dello sfruttamento di giacimenti minerari, sorgenti ed altre risorse naturali. Le navi, i battelli e gli aeromobili non sono considerati beni immobili.

3. Le disposizioni del paragrafo 1 si applicano ai redditi derivanti dalla utilizzazione diretta, dalla locazione o dall'affitto, nonché da ogni altra forma di utilizzazione di beni immobili.

4. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 3 si applicano anche ai redditi derivanti dai beni immobili di un'impresa nonché ai redditi dei beni immobili utilizzati per l'esercizio di una professione indipendente.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte

Articolo 7

Utili delle imprese

1. Gli utili di un'impresa di uno Stato contraente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno che l'impresa non svolga la sua attività nell'altro Stato contraente per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata. Se l'impresa svolge in tal modo la sua attività, gli utili dell'impresa sono imponibili nell'altro Stato ma soltanto nella misura in cui detti utili sono attribuibili alla stabile organizzazione.

2. Fatte salve le disposizioni del paragrafo 3, quando un'impresa di uno Stato contraente svolge la sua attività nell'altro Stato

aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen – einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten – zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschiffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

contraente per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, in ciascuno Stato contraente vanno attribuiti a detta stabile organizzazione gli utili che essa avrebbe potuto conseguire se si fosse trattato di un'impresa distinta e separata svolgente attività identiche o analoghe in condizioni identiche o analoghe e in piena indipendenza dall'impresa di cui essa costituisce una stabile organizzazione.

3. Nella determinazione degli utili di una stabile organizzazione, sono ammesse in deduzione le spese sostenute per gli scopi perseguiti dalla stessa stabile organizzazione – comprese le spese di direzione e le spese generali di amministrazione – sia nello Stato in cui è situata la stabile organizzazione, sia altrove.

4. Qualora uno degli Stati contraenti segua la prassi di determinare gli utili da attribuire ad una stabile organizzazione in base al riparto degli utili complessivi dell'impresa fra le diverse parti di essa, le disposizioni del paragrafo 2 del presente articolo non impediscono a detto Stato contraente di determinare gli utili imponibili secondo la ripartizione in uso; tuttavia, il metodo di riparto adottato dovrà essere tale che il risultato sia conforme ai principi contenuti nel presente articolo.

5. Nessun utile può essere attribuito ad una stabile organizzazione per il solo fatto che essa ha acquistato merci per l'impresa.

6. Ai fini dei paragrafi precedenti, gli utili da attribuire alla stabile organizzazione sono determinati annualmente con lo stesso metodo, a meno che non esistano validi e sufficienti motivi per procedere diversamente.

7. Quando gli utili comprendono elementi di reddito considerati separatamente in altri articoli della presente Convenzione, le disposizioni di tali articoli non vengono modificate da quelle del presente articolo.

Articolo 8

Navigazione marittima ed aerea

1. Gli utili derivanti dall'esercizio, in traffico internazionale, di navi o di aeromobili sono imponibili soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

2. Se la sede della direzione effettiva dell'impresa di navigazione marittima è situata a bordo di una nave, detta sede si considera situata nello Stato contraente in cui si trova il porto d'immatricolazione della nave, oppure, in mancanza di un porto d'immatricolazione, nello Stato contraente di cui è residente l'esercente la nave.

3. Le disposizioni del paragrafo 1 si applicano parimenti agli utili derivanti dalla partecipazione ad un fondo comune («pool»), a un esercizio in comune o ad un organismo internazionale di esercizio.

Articolo 9

Imprese associate

Allorché

a) un'impresa di uno Stato contraente partecipa, direttamente o indirettamente alla direzione, al controllo o al capitale di un'impresa dell'altro Stato contraente, o

b) le medesime persone partecipano direttamente o indirettamente alla direzione, al controllo o al capitale di un'impresa di uno Stato contraente e di un'impresa dell'altro Stato contraente,

e, nell'uno e nell'altro caso, le due imprese, nelle loro relazioni commerciali o finanziarie, sono vincolate da condizioni convenute o imposte, diverse da quelle che sarebbero state convenute tra imprese indipendenti, gli utili che in mancanza di tali condizioni sarebbero stati realizzati da una delle imprese, ma che a causa di dette condizioni non lo sono stati, possono essere inclusi negli utili di questa impresa e tassati in conseguenza.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Abweichend von Absatz 2 darf die Steuer auf Dividenden, die eine in der Italienischen Republik ansässige Kapitalgesellschaft an eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zahlt, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft verfügt, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(4) In der Italienischen Republik ansässige Personen, die nach dem Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland mit den Dividenden, die ihnen von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, haben Anspruch auf Vergütung des Erhöhungsbetrags der Körperschaftsteuer nach den in § 52 des Körperschaftsteuergesetzes der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Regelungen.

(5) Eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals einer in der Italienischen Republik ansässigen Kapitalgesellschaft verfügt und die von dieser Kapitalgesellschaft ausgeschüttete Dividenden bezieht, hat vorbehaltlich des Abzugs der in Absatz 3 vorgesehenen Steuer Anspruch auf Erstattung eines Betrags in Höhe der „maggiorazione di conguaglio", die auf diese Dividenden entfällt, soweit diese „maggiorazione" von der Gesellschaft auf diese Dividenden tatsächlich gezahlt worden ist. Die Erstattung ist innerhalb der nach italienischem Recht vorgesehenen Fristen über die ausschüttende Gesellschaft zu beantragen, die in diesem Fall namens und für Rechnung der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft handelt.

Diese Bestimmung findet Anwendung auf die Dividenden, deren Ausschüttung ab dem Datum des Inkrafttretens des Abkommens beschlossen worden ist.

Die ausschüttende Gesellschaft kann den Erstattungsbetrag an eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig mit den der letztgenannten Gesellschaft zustehenden Dividenden auszahlen und den Betrag in der ersten auf die Zahlung folgenden Einkommenserklärung abziehen.

Eine Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat Anspruch auf Zahlung eines Betrags in Höhe der „maggiorazione di conguaglio", wenn sie im Zeitpunkt des Beschlusses über die Dividendenausschüttung Nutzungsberechtigter der Dividenden ist und wenn sie die Aktien für die Dauer von mindestens zwölf Monaten vor diesem Zeitpunkt gehalten hat.

Im Fall einer späteren Erhöhung des steuerpflichtigen Einkommens der ausschüttenden Gesellschaft oder im Fall einer Nachbesteuerung von Rücklagen oder anderen Mitteln beschränkt sich die Ermäßigung der Steuer, die die Gesellschaft für den Besteuerungszeitraum schuldet, in dem die Berichtigung bestandskräftig geworden ist, auf den Teil der Steuer, der auf die der „maggiorazione di conguaglio" unterliegenden Dividenden entfällt (und tatsächlich an die Staatskasse gezahlt worden ist).

Articolo 10

Dividendi

1. I dividendi pagati da una società residente di uno Stato contraente ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali dividendi possono essere tassati anche nello Stato contraente di cui la società che paga i dividendi è residente, ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma se la persona che percepisce i dividendi ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 15 per cento dell'ammontare lordo dei dividendi.

Questo paragrafo non riguarda l'imposizione della società per gli utili con i quali sono stati pagati i dividendi.

Le autorità competenti degli Stati contraenti stabiliranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. In deroga al paragrafo 2, l'imposta sui dividendi pagati da una società di capitali residente della Repubblica italiana ad una società residente della Repubblica federale di Germania che detiene direttamente almeno il 25 per cento del capitale sociale della prima società non può eccedere il 10 per cento dell'ammontare lordo dei dividendi.

4. Le persone residenti dell'Italia che non sono sottoposte, ai sensi della legislazione fiscale della Repubblica federale di Germania, all'obbligazione tributaria illimitata sui dividendi loro versati da una società residente della Repubblica federale di Germania, hanno diritto al rimborso dell'imposta di conguaglio compresa nell'ambito dell'imposta sulle società («Vergütung des Erhöhungsbetrags»), tenendo conto delle norme del paragrafo 52 – Körperschaftsteuergesetz della Repubblica federale di Germania.

5. Una società della Repubblica federale di Germania che detiene direttamente almeno il 25 per cento del capitale sociale di una società di capitali residente della Repubblica italiana e che riceve dei dividendi distribuiti da quest'ultima società ha diritto al rimborso dell'ammontare corrispondente alla maggiorazione di conguaglio afferente tali dividendi quando la stessa è stata effettivamente versata dalla società in relazione a detti dividendi, fatta salva la deduzione dell'imposta prevista al paragrafo 3 del presente articolo. Detto rimborso deve essere richiesto, nei termini previsti dalla legislazione italiana, per il tramite della società distributrice che, in questo caso, agisce in nome e per conto della società residente della Repubblica federale di Germania.

Detta disposizione si applica ai dividendi la cui distribuzione è stata deliberata a decorrere dalla data di entrata in vigore della Convenzione.

La società distributrice può pagare l'ammontare rimborsabile ad una società della Repubblica federale di Germania al momento del pagamento dei dividendi a quest'ultima spettanti e detrarne l'importo nella prima dichiarazione dei redditi successiva a detto pagamento.

Una società della Repubblica federale di Germania ha diritto al pagamento dell'ammontare corrispondente alla maggiorazione di conguaglio qualora sia il beneficiario effettivo dei dividendi alla data della delibera di distribuzione dei dividendi ed abbia posseduto le azioni durante un periodo di almeno dodici mesi antecedente tale data.

Nel caso di una successiva rettifica in aumento del reddito imponibile della società distributrice o nel caso di un recupero a tassazione di riserve o di altri fondi, la riduzione dell'imposta dovuta dalla società per il periodo fiscale nel corso del quale la rettifica è divenuta definitiva è limitata alla parte dell'imposta relativa ai dividendi assoggettati alla maggiorazione di conguaglio (ed effettivamente versata all'Erario).

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet

a) Gewinnausschüttungen auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung (unter Einschluß der Einkünfte aus Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung), und

b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Gewinnausschüttungen auf Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters im Sinne des deutschen Steuerrechts aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter an einem gewerblichen Unternehmen und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(7) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall können die Dividenden im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(8) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person oder an eine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung gezahlt werden, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

6. Ai fini del presente articolo il termine «dividendi» designa:

a) gli utili distribuiti su azioni, compresi i redditi derivanti da azioni, azioni o diritti di godimento, quote minerarie, quote di fondatore o altre quote di partecipazione agli utili (ivi compresi quelli derivanti da partecipazioni in società a responsabilità limitata) ad eccezione dei crediti, e

b) gli altri redditi assoggettati al medesimo regime fiscale degli utili distribuiti su azioni secondo la legislazione dello Stato di cui la società distributrice è residente e, ai fini dell'imposizione nella Repubblica federale di Germania, i redditi che uno «stiller Gesellschafter» (accomandatario) ai sensi della legislazione fiscale tedesca ritrae dalla sua partecipazione in tale qualità in un'impresa commerciale, industriale o artigianale, nonché le distribuzioni relative a quote di un fondo d'investimento.

7. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario dei dividendi, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente, di cui è residente la società che paga i dividendi, sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, e la partecipazione generatrice dei dividendi si ricolleghi effettivamente ad esse. In tal caso, i dividendi sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

8. Qualora una società residente di uno Stato contraente ricavi utili o redditi dall'altro Stato contraente, detto altro Stato non può applicare alcuna imposta sui dividendi pagati dalla società, a meno che tali dividendi siano pagati ad un residente di detto altro Stato o a una stabile organizzazione o a una base fissa situata in detto altro Stato, né prelevare alcuna imposta, a titolo di imposizione degli utili non distribuiti, sugli utili non distribuiti della società, anche se i dividendi pagati o gli utili non distribuiti costituiscano in tutto o in parte utili o redditi realizzati in detto altro Stato.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat, in dem der Empfänger der Zinsen ansässig ist, besteuert werden, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte ist und die Zinsen

a) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Gütern oder Waren, die von einem Unternehmen an ein anderes Unternehmen geliefert werden, auf Kredit,

b) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit,

c) für Schuldverschreibungen oder ähnliche Verpflichtungen der Regierung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder

Articolo 11

Interessi

1. Gli interessi provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali interessi sono imponibili anche nello Stato contraente dal quale essi provengono ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma, se la persona che percepisce gli interessi ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 10 per cento dell'ammontare lordo degli interessi.

Le autorità competenti degli Stati contraenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. Nonostante le disposizioni del paragrafo 2, gli interessi di cui al paragrafo 1 sono imponibili soltanto nello Stato contraente di cui la persona che riceve gli interessi è residente, se detta persona è il beneficiario effettivo di tali interessi e se gli stessi sono pagati:

a) in connessione con la vendita a credito di merci consegnate da un'impresa ad un'altra impresa,

b) in connessione con la vendita a credito di un'attrezzatura industriale, commerciale o scientifica,

c) in forza di un'obbligazione, di una cambiale, di un buono o di un altro analogo titolo del Governo di uno Stato contraente o di un Land, o di una delle loro suddivisioni politiche o amministrative, o enti locali, o

d) an die Regierung eines Vertragsstaats oder eines seiner Länder oder an eine ihrer Gebietskörperschaften oder an die Zentralbank eines Vertragsstaats

gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Zinsen" umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 genannten Einkünfte.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall können die Zinsen im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Lizenzgebühren für Urheberrechte und andere ähnliche Zahlungen für die Schaffung oder die Vervielfältigung literarischer, dramaturgischer, musikalischer oder künstlerischer Werke, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, die der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen,

d) al Governo di uno Stato contraente o di un Land, o ad una delle loro suddivisioni politiche o amministrative, oppure alla banca centrale di uno Stato contraente.

4. Ai fini del presente articolo il termine «interessi» designa i redditi dei titoli del debito pubblico, delle obbligazioni di prestiti, garantiti o non da ipoteca e portanti o meno una clausola di partecipazione agli utili, e dei crediti di qualsiasi natura, nonché ogni altro provento assimilabile ai redditi di somme date in prestito in base alla legislazione fiscale dello Stato da cui i redditi provengono. Tuttavia, il termine «interessi» non comprende i redditi contemplati dall'articolo 10.

5. Le disposizioni dei paragrafi 1, 2 e 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario degli interessi, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente dal quale provengono gli interessi, sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata ed il credito generatore degli interessi si ricolleghi effettivamente ad esse. In tal caso, gli interessi sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

6. Gli interessi si considerano provenienti da uno Stato contraente quando il debitore è lo Stato stesso, un Land, una suddivisione politica o amministrativa, un ente locale o un residente di detto Stato. Tuttavia, quando il debitore degli interessi, sia esso residente o non di uno Stato contraente, ha in uno Stato contraente una stabile organizzazione, o una base fissa, per le cui necessità è stato contratto il debito generatore degli interessi, e che ne sopporta l'onere, si considerano provenienti dallo Stato contraente in cui è situata la stabile organizzazione o la base fissa.

7. Se, in conseguenza di particolari relazioni esistenti tra debitore e beneficiario effettivo o tra ciascuno di essi e terze persone, l'ammontare degli interessi pagati, tenuto conto del credito per il quale sono pagati, eccede quello che sarebbe stato convenuto tra debitore e beneficiario effettivo in assenza di simili relazioni, le disposizioni del presente articolo si applicano soltanto a quest'ultimo ammontare. In tal caso, la parte eccedente dei pagamenti è imponibile in conformità alla legislazione di ciascuno Stato contraente e tenuto conto delle altre disposizioni della presente Convenzione.

Articolo 12

Canoni

1. I canoni provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Tuttavia, tali canoni sono imponibili anche nello Stato contraente dal quale essi provengono ed in conformità alla legislazione di detto Stato, ma, se la persona che percepisce i canoni ne è l'effettivo beneficiario, l'imposta così applicata non può eccedere il 5 per cento dell'ammontare lordo dei canoni.

Le autorità competenti degli Stati contraenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

3. Nonostante le disposizioni del paragrafo 2, i canoni a titolo di diritto d'autore e gli altri analoghi compensi relativi alla produzione o riproduzione di opere letterarie, drammatiche, musicali o artistiche, ivi comprese le pellicole cinematografiche e le pellicole o registrazioni per trasmissioni radiofoniche e televisive, provenienti da uno Stato contraente e pagati ad un residente dell'altro Stato contraente che ne è il beneficiario effettivo sono imponibili soltanto in detto altro Stato.

4. Ai fini del presente articolo il termine «canoni» designa i compensi di qualsiasi natura corrisposti per l'uso o la concessione in uso di un diritto di autore su opere letterarie, artistiche o

künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall können die Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und gehört die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren zu der Betriebsstätte oder festen Einrichtung und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

scientifiche, ivi comprese le pellicole cinematografiche e le pellicole o registrazioni per trasmissioni radiofoniche o televisive, di brevetti, marchi di fabbrica o di commercio, disegni o modelli, progetti, formule o processi segreti, nonché per l'uso o la concessione in uso di attrezzature industriali, commerciali o scientifiche e per informazioni concernenti esperienze di carattere industriale, commerciale o scientifico.

5. Le disposizioni dei paragrafi da 1 a 3 non si applicano nel caso in cui il beneficiario effettivo dei canoni, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente dal quale provengono i canoni sia un'attività industriale o commerciale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, ed i diritti o i beni generatori dei canoni si ricolleghino effettivamente ad esse. In tal caso, i canoni sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

6. I canoni si considerano provenienti da uno Stato contraente quando il debitore è lo Stato stesso, un Land, una suddivisione politica o amministrativa, un ente locale o un residente di detto Stato. Tuttavia, quando il debitore dei canoni, sia esso residente o no di uno Stato contraente, ha in uno Stato contraente una stabile organizzazione o una base fissa, cui si ricolleghi l'obbligazione del pagamento dei canoni e che ne sopporta l'onere, i canoni stessi si considerano provenienti dallo Stato in cui è situata la stabile organizzazione, o la base fissa.

7. Se, in conseguenza di particolari relazioni esistenti tra debitore e beneficiario effettivo o tra ciascuno di essi e terze persone, l'ammontare dei canoni, tenuto conto della prestazione per la quale sono pagati, eccede quello che sarebbe stato convenuto tra debitore e beneficiario effettivo in assenza di simili relazioni, le disposizioni del presente articolo si applicano soltanto a quest'ultimo ammontare. In tal caso, la parte eccedente dei pagamenti è imponibile in conformità alla legislazione di ciascuno Stato contraente e tenuto conto delle altre disposizioni della presente Convenzione.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Articolo 13

Utili di capitale

1. Gli utili che un residente di uno Stato contraente ritrae dall'alienazione di beni immobili previsti all'articolo 6 e situati nell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

2. Gli utili derivanti dall'alienazione di beni mobili facenti parte dell'attivo di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato, ovvero di beni mobili appartenenti ad una base fissa di cui dispone un residente di uno Stato contraente nell'altro Stato contraente per l'esercizio di una professione indipendente, compresi gli utili derivanti dall'alienazione di detta stabile organizzazione (da sola od in uno con l'intera impresa), o di detta base fissa, sono imponibili in detto altro Stato.

3. Gli utili derivanti dall'alienazione di navi o di aeromobili utilizzati in traffico internazionale, nonché di beni mobili destinati all'esercizio di dette navi, od aeromobili, sono imponibili soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

4. Gli utili derivanti dall'alienazione di ogni altro bene diverso da quelli menzionati ai paragrafi 1, 2 e 3 sono imponibili soltanto nello Stato contraente di cui l'alienante è residente.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Articolo 14

Professioni indipendenti

1. I redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae dall'esercizio di una libera professione o da altre attività di carattere indipendente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno che detto residente non disponga abitualmente nell'altro Stato contraente di una base fissa per l'esercizio delle sue attività. Se egli dispone di tale base fissa, i redditi sono imponibili nell'altro Stato, ma soltanto nella misura in cui sono imputabili a detta base fissa.

2. L'espressione «libera professione» comprende in particolare le attività indipendenti di carattere scientifico, letterario, artistico, educativo o pedagogico, nonché le attività indipendenti dei medici, avvocati, ingegneri, architetti, dentisti e contabili.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Articolo 15

Lavoro subordinato

1. Fatte salve le disposizioni degli articoli 16, 18 e 19, i salari, gli stipendi e le altre remunerazioni analoghe che un residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente sono imponibili soltanto in detto Stato, a meno che tale attività non venga svolta nell'altro Stato contraente. Se l'attività è quivi svolta, le remunerazioni percepite a tal titolo sono imponibili in questo altro Stato.

2. Nonostante le disposizioni del paragrafo 1, le remunerazioni che un residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente svolta nell'altro Stato contraente sono imponibili soltanto nel primo Stato se:

a) il beneficiario soggiorna nell'altro Stato per un periodo o periodi che non oltrepassano in totale 183 giorni nel corso dell'anno fiscale considerato, e

b) le remunerazioni sono pagate da o per conto di un datore di lavoro che non è residente dell'altro Stato, e

c) l'onere delle remunerazioni non è sostenuto da una stabile organizzazione o da una base fissa che il datore di lavoro ha nell'altro Stato.

3. Nonostante le precedenti disposizioni del presente articolo le remunerazioni ricevute in corrispettivo di un'attività dipendente svolta a bordo di navi o di aeromobili utilizzati in traffico internazionale sono imponibili nello Stato contraente in cui è situata la sede della direzione effettiva dell'impresa.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Articolo 16

Compensi e gettoni di presenza

Le partecipazioni agli utili, i gettoni di presenza ed altre analoghe retribuzioni che un residente di uno Stato contraente riceve in qualità di membro del consiglio di amministrazione o del collegio sindacale di una società residente dell'altro Stato contraente sono imponibili in detto altro Stato.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15

Articolo 17

Artisti e sportivi

1. Nonostante le disposizioni degli articoli 7, 14 e 15, i redditi che un residente di uno Stato contraente ritrae dalle sue prestazioni personali esercitate nell'altro Stato contraente in qualità di artista dello spettacolo, quale un artista di teatro, del cinema, della radio o della televisione, o in qualità di musicista, nonché di sportivo, sono imponibili in detto altro Stato.

2. Quando i redditi derivanti da prestazioni che un artista dello spettacolo o uno sportivo esercita personalmente ed in tale qualità sono attribuiti ad una persona diversa dall'artista o dallo sportivo medesimo, detti redditi sono imponibili nello Stato contraente in

in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Aufenthalt der berufsmäßigen Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften finanziert wird.

cui le prestazioni dell'artista o dello sportivo sono esercitate, nonostante le disposizioni degli articoli 7, 14 e 15.

3. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 non si applicano agli artisti professionisti dello spettacolo ed agli sportivi il cui soggiorno in uno Stato contraente è totalmente od essenzialmente finanziato con fondi pubblici dell'altro Stato contraente, di un Land, di una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absätze 2, 3 und 4 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Articolo 18

Pensioni

Fatte salve le disposizioni dei paragrafi 2, 3 e 4 dell'articolo 19, le pensioni e le altre remunerazioni analoghe, pagate ad un residente di uno Stato contraente in relazione ad un cessato impiego, sono imponibili soltanto in questo Stato.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur in dem Staat besteuert werden, in dem die Dienste geleistet werden, wenn der Empfänger der Vergütung in diesem Staat ansässig ist und

i) Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des anderen Staates zu sein, oder,

ii) ohne Staatsangehöriger des anderen Staates zu sein, im erstgenannten Staat ansässig war, bevor er dort Dienste leistete.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von dem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die dem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Empfänger in diesem Staat ansässig und Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des Staates zu sein, aus dem die Ruhegehälter stammen.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Die Absätze 1 und 2 sind jedoch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die die folgenden Verwaltungen oder Organisationen an ihre Bediensteten zahlen:

a) auf seiten der Italienischen Republik
- die „Banca d'Italia"
- die „Ferrovie dello Stato (F.S.)"
- die „Amministrazione delle poste e delle telecomunicazioni (PP.TT.)";

b) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland
- die Deutsche Bundesbank
- die Deutsche Bundesbahn
- die Deutsche Bundespost.

(4) Ruhegehälter und alle anderen wiederkehrenden oder einmaligen Bezüge, die auf Grund der Sozialversicherungsgesetz-

Articolo 19

Funzioni pubbliche

1. a) Le remunerazioni diverse dalle pensioni, pagate da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale ad una persona fisica, in corrispettivo di servizi resi a detto Stato, a detto Land o a detta suddivisione od ente locale, sono imponibili soltanto in questo Stato.

b) Tuttavia, tali remunerazioni sono imponibili soltanto nello Stato in cui i servizi sono resi qualora il beneficiario delle remunerazioni sia un residente di detto Stato che:

i) abbia la nazionalità di detto Stato, senza possedere quella dell'altro Stato, o

ii) senza avere la nazionalità dell'altro Stato, era un residente del primo Stato prima di rendervi i servizi.

2. a) Le pensioni corrisposte da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale, sia direttamente sia mediante prelevamento da fondi da essi costituiti, ad una persona fisica in corrispettivo di servizi resi a detto Stato, a detto Land o a detta suddivisione o ente locale, sono imponibili soltanto in questo Stato.

b) Tuttavia, tali pensioni sono imponibili soltanto nell'altro Stato contraente se il beneficiario è un residente di tale Stato e ne abbia la nazionalità senza avere la nazionalità dello Stato da dove provengono le pensioni.

3. Le disposizioni degli articoli 15, 16 e 18 si applicano alle remunerazioni e pensioni pagate in corrispettivo di servizi resi nell'ambito di un'attività industriale o commerciale esercitata da uno Stato contraente, da un Land, da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale.

Tuttavia, le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 si applicano alle remunerazioni e pensioni corrisposte al proprio personale dai servizi od enti seguenti:

a) per quanto concerne la Repubblica italiana:
- la Banca d'Italia,
- le Ferrovie dello Stato (F.S.)
- l'Amministrazione delle Poste e delle Telecomunicazioni (PP.TT.),

b) per quanto concerne la Repubblica federale di Germania:
- la «Deutsche Bundesbank»,
- la «Deutsche Bundesbahn»,
- la «Deutsche Bundespost».

4. Le pensioni ed ogni altro assegno, periodico o non, pagati in base alla legislazione sulla sicurezza sociale di uno Stato con-

gebung eines Vertragsstaats von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, wenn der Empfänger Staatsangehöriger dieses Staates ist, ohne Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein.

(5) Entschädigungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

traente da parte di detto Stato, di un Land o da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale o persona giuridica di diritto pubblico, sono imponibili soltanto in detto Stato se il beneficiario ha la nazionalità di tale Stato senza possedere quella dell'altro Stato contraente.

5. Le indennità concesse sotto forma di pensioni, rendite vitalizie ed altre prestazioni periodiche o non, da parte di uno Stato contraente, di un Land o da una loro suddivisione politica o amministrativa o ente locale a titolo di risarcimento di danni subiti a seguito di attività di guerra o di persecuzioni politiche sono imponibili soltanto in detto Stato.

Artikel 20

Studenten, Praktikanten und Lehrlinge

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Articolo 20

Studenti ed apprendisti

Le somme che uno studente o un apprendista il quale è, o era immediatamente prima di recarsi in uno Stato contraente, un residente dell'altro Stato contraente e che soggiorna nel primo Stato al solo scopo di compiervi i suoi studi o di attendere alla propria formazione, riceve per sopperire alle spese di mantenimento, di istruzione o di formazione, non sono imponibili in detto Stato, a condizione che tali somme provengano da fonti situate al di fuori di detto Stato.

Artikel 21

Lehrer

Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, einer Hochschule, einer Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

Articolo 21

Insegnanti

Una persona fisica che, su invito sia di uno Stato contraente, che di un'università, di un istituto di insegnamento superiore, di una scuola, di un museo o di un'altra istituzione culturale di detto Stato contraente, ovvero nel quadro di uno scambio culturale a carattere ufficiale, soggiorna in tale Stato contraente per un periodo non superiore a due anni al solo scopo di insegnare, di tenere dei corsi o di svolgere ricerche in uno dei detti istituti, e che è un residente dell'altro Stato contraente o lo era immediatamente prima di soggiornare nel primo Stato, è esente da imposta in quest'ultimo Stato relativamente alle remunerazioni che percepisce per tali attività, a condizione che tali remunerazioni provengano da fonti situate al di fuori di detto Stato.

Artikel 22

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall können die Einkünfte im anderen Vertragsstaat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

Articolo 22

Altri redditi

1. Gli elementi di reddito di un residente di uno Stato contraente, di qualsiasi provenienza, che non sono trattati nei precedenti articoli della presente Convenzione, sono imponibili soltanto in questo Stato.

2. Le disposizioni del paragrafo 1 non si applicano ai redditi diversi da quelli provenienti da beni immobili, così come definiti al paragrafo 2 dell'articolo 6, nel caso in cui il beneficiario di tali redditi, residente di uno Stato contraente, eserciti nell'altro Stato contraente sia un'attività commerciale o industriale per mezzo di una stabile organizzazione ivi situata, sia una professione indipendente mediante una base fissa ivi situata, e il diritto o il bene generatore dei redditi si ricolleghi effettivamente ad esse. In tal caso, gli elementi di reddito sono imponibili in detto altro Stato contraente secondo la propria legislazione interna.

Artikel 23

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

Articolo 23

Patrimonio

1. Il patrimonio costituito dai beni immobili previsti all'articolo 6, posseduti da un residente di uno Stato contraente e situati nell'altro Stato contraente, è imponibile in detto altro Stato.

2. Il patrimonio costituito da beni mobili facenti parte dell'attivo di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato contraente, o da beni mobili appartenenti ad una base fissa di cui un residente di uno Stato contraente dispone nell'altro Stato contraente per l'esercizio di una professione indipendente, è imponibile in detto altro Stato.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

3. Il patrimonio costituito da navi e da aeromobili impiegati in traffico internazionale, nonché dai beni mobili destinati al loro esercizio è imponibile soltanto nello Stato contraente in cui è situata la sede di direzione effettiva dell'impresa.

4. Ogni altro elemento del patrimonio di un residente di uno Stato contraente è imponibile soltanto in detto Stato.

Artikel 24

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Doppelbesteuerung nach Maßgabe der folgenden Absätze vermieden wird.

(2) a) Bezieht eine in der Italienischen Republik ansässige Person Einkünfte, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so kann die Italienische Republik bei der Festsetzung der in Artikel 2 genannten Einkommensteuern diese Einkünfte vorbehaltlich des Buchstabens b in die Bemessungsgrundlage dieser Steuern einbeziehen, es sei denn, daß dieses Abkommen dem entgegenstehende Vorschriften enthält.

In diesem Fall zieht die Italienische Republik von den auf diese Weise festgesetzten Steuern die in der Bundesrepublik Deutschland gezahlte Einkommensteuer (gegebenenfalls einschließlich der Gewerbesteuer, soweit sie vom Ertrag erhoben wird) ab; der abzuziehende Betrag darf aber den Teil der italienischen Steuer nicht übersteigen, der dem Verhältnis der genannten Einkünfte zu den gesamten Einkünften entspricht.

Kein Abzug wird jedoch gewährt, wenn die Einkünfte in der Italienischen Republik nach italienischem Recht auf Antrag des Empfängers der Einkünfte der im Abzugsweg erhobenen Steuer unterliegen.

b) Von der Bemessungsgrundlage der italienischen Steuer werden die Einkünfte aus Dividenden nach Artikel 10 Absatz 6 Buchstabe a ausgenommen, die an eine in der Italienischen Republik ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der italienischen Gesellschaft gehört.

(3) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus der Italienischen Republik sowie die in der Italienischen Republik gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Italienischen Republik besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf die Einkünfte aus Dividenden nach Artikel 10 Absatz 6 Buchstabe a sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Italienischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

Articolo 24

Disposizioni per evitare la doppia imposizione

1. Si conviene che la doppia imposizione sarà eliminata in conformità dei seguenti paragrafi del presente articolo.

2. a) Fatto salvo il capoverso b), se un residente della Repubblica italiana riceve elementi di reddito imponibili nella Repubblica federale di Germania, la Repubblica italiana, nel calcolare le proprie imposte sul reddito specificate nell'articolo 2 della presente Convenzione, può includere nella base imponibile di tali imposte detti elementi di reddito, a meno che espresse disposizioni della presente Convenzione non stabiliscano diversamente.

In tal caso, la Repubblica italiana deve dedurre dalle imposte così calcolate l'imposta sui redditi pagata nella Repubblica federale di Germania, (ivi compresa, se del caso, l'imposta sulle attività commerciali, industriali ed artigianali nei limiti in cui essa sia prelevata sugli utili), ma l'ammontare della deduzione non può eccedere la quota di imposta italiana attribuibile ai predetti elementi di reddito nella proporzione in cui gli stessi concorrono alla formazione del reddito complessivo.

Tuttavia, nessuna deduzione sarà accordata ove l'elemento di reddito venga assoggettato nella Repubblica italiana ad imposizione mediante ritenuta a titolo di imposta su richiesta del beneficiario di detto reddito in base alla legislazione italiana.

b) Sono esclusi dalla base imponibile delle imposte italiane i redditi derivanti dai dividendi di cui all'articolo 10, paragrafo 6, capoverso a), pagati ad una società (diversa da una società di persone) residente della Repubblica italiana da parte di una società residente della Repubblica federale di Germania il cui capitale sociale è direttamente detenuto per almeno il 25 per cento dalla società italiana.

3. Per quanto concerne i residenti della Repubblica federale di Germania l'imposta sarà determinata nel modo seguente:

a) fatte salve le disposizioni del capoverso b), sono esclusi dalla base imponibile dell'imposta tedesca i redditi provenienti dalla Repubblica italiana e gli elementi del patrimonio situati nella Repubblica italiana che sono imponibili nella Repubblica italiana in base alla presente Convenzione. Tuttavia, la Repubblica federale di Germania conserva il diritto di tener conto, nella determinazione dell'aliquota dell'imposta, dei redditi e degli elementi del patrimonio così esclusi.

Per quanto concerne i redditi derivanti dai dividendi di cui all'articolo 10, paragrafo 6, capoverso a), le disposizioni che precedono sono applicabili soltanto se i dividendi sono pagati ad una società (diversa da una società di persone) residente della Repubblica federale di Germania da parte di una società residente della Repubblica italiana il cui capitale è direttamente detenuto per almeno il 10 per cento dalla società tedesca.

Ai fini dell'imposizione del patrimonio sono parimenti escluse dalla base imponibile dell'imposta tedesca le partecipazioni i cui dividendi, in caso di distribuzione, sarebbero esclusi dalla base imponibile dell'imposta ai sensi della frase precedente.

b) Die italienische Steuer, die nach dem Recht der Italienischen Republik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften aus der Italienischen Republik erhoben wird, wird auf die deutsche Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer von den nachstehenden Einkünften angerechnet:

i) Dividenden im Sinne des Artikels 10, soweit sie nicht unter Buchstabe a genannt sind;

ii) Zinsen im Sinne des Artikels 11;

iii) Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12;

iv) Einkünfte und Vergütungen, die unter die Artikel 16 und 17 fallen.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmung anzurechnende italienische Steuer darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in der Italienischen Republik besteuert werden können.

b) l'imposta italiana prelevata in conformità alla legislazione della Repubblica italiana ed alla presente Convenzione sui seguenti redditi provenienti dalla Repubblica italiana è detratta dall'imposta tedesca sul reddito o sulle società gravante su:

i) i dividendi di cui all'articolo 10 che non sono menzionati al capoverso a);

ii) gli interessi di cui all'articolo 11;

iii) i canoni di cui all'articolo 12;

iv) i redditi e le remunerazioni menzionate agli articoli 16 e 17.

L'imposta italiana da detrarre in base a quanto precede non può tuttavia eccedere la quota dell'imposta tedesca calcolata prima della detrazione, corrispondente ai redditi imponibili nella Repubblica italiana.

Artikel 25

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind. Insbesondere werden den Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die der Besteuerung im anderen Vertragsstaat unterliegen, die Steuerbefreiungen, -freibeträge, -abzüge und -ermäßigungen auf Grund der Familienlasten gewährt, die den Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen gewährt werden.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Articolo 25

Non discriminazione

1. I nazionali di uno Stato contraente non sono assoggettati nell'altro Stato contraente ad alcuna imposizione od obbligo ad essa relativo, diversi o più onerosi di quelli cui sono o potranno essere assoggettati i nazionali di detto altro Stato che si trovino nella stessa situazione. La presente disposizione si applica altresì, nonostante le disposizioni dell'articolo 1, alle persone che non sono residenti di uno Stato contraente o di entrambi gli Stati contraenti. In particolare, i nazionali di uno Stato contraente che sono imponibili nell'altro Stato contraente beneficiano delle esenzioni, degli abbattimenti alla base, delle detrazioni e delle riduzioni d'imposta accordati per carichi di famiglia ai nazionali di detto altro Stato che si trovino nelle stesse condizioni.

2. L'imposizione di una stabile organizzazione che un'impresa di uno Stato contraente ha nell'altro Stato contraente non può essere in questo altro Stato meno favorevole dell'imposizione a carico delle imprese di detto altro Stato che svolgono la medesima attività. La presente disposizione non può essere interpretata nel senso che faccia obbligo ad uno degli Stati di accordare ai residenti dell'altro Stato le deduzioni personali, gli abbattimenti alla base e le riduzioni d'imposta che esso accorda ai propri residenti.

3. Fatta salva l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 9, del paragrafo 7 dell'articolo 11 o del paragrafo 7 dell'articolo 12, gli interessi, i canoni ed altre spese pagati da un'impresa di uno Stato contraente ad un residente dell'altro Stato contraente sono deducibili, ai fini della determinazione degli utili imponibili di detta impresa, nelle stesse condizioni in cui sarebbero deducibili se fossero pagati ad un residente del primo Stato. Parimenti, i debiti di un'impresa di uno Stato contraente nei confronti di un residente dell'altro Stato contraente sono deducibili, ai fini della determinazione del patrimonio imponibile di detta impresa, nelle stesse condizioni in cui sarebbero deducibili se fossero stati contratti nei confronti di un residente del primo Stato.

4. Le imprese di uno Stato contraente, il cui capitale è, in tutto o in parte, direttamente o indirettamente, posseduto o controllato da uno o più residenti dell'altro Stato contraente, non sono assoggettate nel primo Stato ad alcuna imposizione od obbligo ad essa relativo, diversi o più onerosi di quelli cui sono o potranno essere assoggettate le altre imprese della stessa natura del primo Stato.

5. Le disposizioni del presente articolo si applicano, nonostante le disposizioni dell'articolo 2, alle imposte di ogni genere o denominazione.

Artikel 26

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von zwei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Articolo 26

Procedura amichevole

1. Quando una persona ritiene che le misure adottate da uno Stato contraente o da entrambi gli Stati contraenti comportano o comporteranno per lei un'imposizione non conforme alle disposizioni della presente Convenzione, essa può, indipendentemente dai ricorsi previsti dal diritto interno di detti Stati, sottoporre il caso all'autorità competente dello Stato contraente di cui è residente o, se il suo caso ricade nell'ambito di applicazione del paragrafo 1 dell'articolo 25, a quella dello Stato contraente di cui possiede la nazionalità. Il caso dovrà essere sottoposto entro i due anni che seguono la prima notificazione della misura che comporta un'imposizione non conforme alla Convenzione.

2. L'autorità competente, se il ricorso le appare fondato e se essa non è in grado di giungere ad una soddisfacente soluzione, farà del suo meglio per regolare il caso per via di amichevole composizione con l'autorità competente dell'altro Stato contraente, al fine di evitare una tassazione non conforme alla Convenzione.

3. Le autorità competenti degli Stati contraenti faranno del loro meglio per risolvere per via di amichevole composizione le difficoltà o i dubbi inerenti all'interpretazione o all'applicazione della Convenzione.

4. Le autorità competenti degli Stati contraenti potranno comunicare direttamente tra loro al fine di pervenire ad un accordo come indicato nei paragrafi precedenti. Qualora venga ritenuto che degli scambi verbali di opinione possano facilitare il raggiungimento di tale accordo, questi potranno aver luogo in seno ad una Commissione formata da rappresentanti delle autorità competenti degli Stati contraenti.

Artikel 27

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die erforderlich sind, um dieses Abkommen oder das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht, durchzuführen und die Steuerverkürzung zu verhindern. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, falls die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen dagegen erhebt.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Articolo 27

Scambio di informazioni

1. Le autorità competenti degli Stati contraenti si scambieranno le informazioni necessarie per applicare le disposizioni della presente Convenzione o quelle della legislazione interna degli Stati contraenti relativa alle imposte previste dalla Convenzione nella misura in cui la tassazione che essa prevede non è contraria alla Convenzione, nonché per prevenire le evasioni fiscali. Lo scambio di informazioni non è limitato dall'articolo 1. Le informazioni ricevute da uno Stato contraente sono tenute segrete come le informazioni ottenute in applicazione della legislazione interna di detto Stato e saranno comunicate soltanto alle persone od autorità (ivi compresi i tribunali e gli organi amministrativi) incaricate dell'accertamento o della riscossione delle imposte che formano oggetto della Convenzione, delle procedure o dei procedimenti concernenti tali imposte, o delle decisioni di ricorsi relativi a tali imposte. Dette persone od autorità utilizzeranno tali informazioni soltanto per questi fini. Esse potranno servirsi di queste informazioni nel corso di udienze pubbliche di tribunali o nei giudizi, a condizione che l'autorità competente dell'altro Stato contraente non vi si opponga.

2. Le disposizioni del paragrafo 1 non possono in nessun caso essere interpretate nel senso di imporre ad uno Stato contraente l'obbligo:

a) di adottare misure amministrative in deroga alla propria legislazione ed alla propria prassi amministrativa o a quelle dell'altro Stato contraente;

b) di fornire informazioni che non potrebbero essere ottenute in base alla propria legislazione o nel quadro della propria normale prassi amministrativa o di quelle dell'altro Stato contraente;

c) di fornire informazioni che potrebbero rivelare un segreto commerciale, industriale o professionale o un processo commerciale oppure informazioni la cui comunicazione sarebbe contraria all'ordine pubblico.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Articolo 28

Membri di missioni diplomatiche e di sedi consolari

Le dispositioni della presente Convenzione non pregiudicano i privilegi fiscali di cui beneficiano i membri di missioni diplomatiche o di sedi consolari in virtù delle regole generali del diritto internazionale o delle disposizioni di accordi particolari.

Artikel 29

Antrag auf Erstattung

(1) Die in einem Vertragsstaat im Abzugsweg erhobenen Steuern werden auf Antrag des Steuerpflichtigen oder des Staates, in dem er ansässig ist, erstattet, wenn das Recht zur Erhebung dieser Steuern durch dieses Abkommen eingeschränkt ist.

(2) Den Erstattungsanträgen, die innerhalb der nach dem Recht des zur Erstattung verpflichteten Vertragsstaats festgelegten Fristen zu stellen sind, ist eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, beizufügen, aus der hervorgeht, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Befreiungen oder Ermäßigungen nach diesem Abkommen erfüllt sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln die Durchführung dieses Artikels nach Artikel 26 in gegenseitigem Einvernehmen.

Articolo 29

Istanza di rimborso

1. Le imposte prelevate in uno degli Stati contraenti mediante ritenuta alla fonte sono rimborsate a richiesta dell'interessato o dello Stato di cui esso è residente qualora il diritto alla percezione di dette imposte sia limitato dalle disposizioni della presente Convenzione.

2. Le istanze di rimborso, da prodursi nell'osservanza dei termini stabiliti dalla legislazione dello Stato contraente tenuto ad effettuare il rimborso stesso, devono essere corredate di un attestato ufficiale dello Stato contraente di cui il contribuente è residente certificante che sussistono le condizioni richieste per avere diritto all'applicazione delle esenzioni o riduzioni previste dalla presente Convenzione.

3. Le autorità competenti degli Stati contraenti stabiliranno di comune accordo, conformemente alle disposizioni dell'articolo 26, le modalità di applicazione del presente articolo.

Artikel 30

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Articolo 30

Clausola di Berlino

La presente Convenzione si applicherà anche al Land di Berlino, salvo dichiarazione contraria effettuata dal Governo della Repubblica federale di Germania al Governo della Repubblica italiana entro i tre mesi successivi all'entrata in vigore della presente Convenzione.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Rom ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden auf

a) die Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für die Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden;

b) die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die am oder nach dem ersten Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Das am 31. Oktober 1925 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern tritt mit Inkrafttreten dieses Abkommens außer Kraft und findet nicht mehr Anwendung auf die Steuern, auf die dieses Abkommen nach Absatz 2 anzuwenden ist. Das gleiche gilt für das am 17. September 1968 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt.

(4) Ist aber in dem Abkommen vom 31. Oktober 1925 eine günstigere steuerliche Behandlung als in den Artikeln 11 und 12 dieses Abkommens vorgesehen, so kann das erstgenannte Abkommen auf Antrag der Betroffenen bis zum 31. Dezember 1992 Anwendung finden, vorausgesetzt, daß der Empfänger der

Articolo 31

Entrata in vigore

1. La presente Convenzione sarà ratificata e gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Roma non appena possibile.

2. La presente Convenzione entrerà in vigore un mese dopo la data dello scambio degli strumenti di ratifica e si applicherà:

a) alle imposte sul reddito e sul patrimonio prelevate per i periodi d'imposta che iniziano il, o successivamente al, 1° gennaio dell'anno solare immediatamente successivo a quello nel corso del quale sono stati scambiati gli strumenti di ratifica;

b) alle imposte prelevate mediante ritenuta alla fonte sui dividendi, sugli interessi e sui canoni versati il, o successivamente al, 1° gennaio dell'anno solare immediatamente successivo a quello nel corso del quale sono stati scambiati gli strumenti di ratifica.

3. La Convenzione conclusa tra la Germania e l'Italia per evitare le doppie imposizioni e risolvere talune altre questioni in materia di imposte dirette firmata a Roma il 31 ottobre 1925 è abrogata con l'entrata in vigore della presente Convenzione e cessa di avere effetto per le imposte cui è applicabile la presente Convenzione conformemente al paragrafo 2. Parimenti avverrà per l'Accordo firmato a Roma il 17 settembre 1968 tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare la doppia imposizione in materia di imposte dirette per le imprese di navigazione aerea.

4. Tuttavia, qualora le disposizioni della Convenzione del 31 ottobre 1925 prevedano un trattamento fiscale più favorevole di quello previsto dagli articoli 11 e 12 della presente Convenzione, dette disposizioni possono essere applicate, su istanza delle persone interessate, fino al 31 dicembre 1992, a condizione che la

in Frage stehenden Einkünfte der Nutzungsberechtigte im Sinne der Nummer 9 des Protokolls zu diesem Abkommen ist.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen vom fünften Jahr nach dem Jahr des Inkrafttretens an auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen letztmals Anwendung auf

a) die im Abzugsweg erhobenen Steuern von den Einkünften, die bis zum 31. Dezember des Kündigungsjahrs zu zahlen sind;

b) die anderen Einkommen- und Vermögensteuern, die für spätestens am 31. Dezember des genannten Jahres endende Veranlagungszeiträume erhoben werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 18. Oktober 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

persona che riceve i redditi di cui trattasi ne sia il beneficiario effettivo ai sensi del numero 9 del Protocollo allegato alla presente Convenzione.

Articolo 32

Denuncia

La presente Convenzione rimarrà in vigore sino alla denuncia da parte di uno degli Stati contraenti. Ciascuno degli Stati contraenti può denunciare la Convenzione per via diplomatica con un preavviso minimo di sei mesi, prima della fine di ogni anno solare e a partire dal quinto anno successivo a quello della sua entrata in vigore. In questo caso, la Convenzione si applicherà per l'ultima volta:

a) alle imposte prelevate mediante ritenuta alla fonte, sui redditi pagabili al più tardi il 31 dicembre dell'anno della denuncia;

b) alle altre imposte prelevate sul reddito e sul patrimonio per i periodi d'imposta che terminano al più tardi il 31 dicembre dello stesso anno.

In fede di che, i plenipotenziari dei due Stati hanno firmato la presente Convenzione.

Fatta a Bonn il 18 ottobre 1989, in duplice esemplare, in lingua tedesca e italiana, i due testi facenti egualmente fede.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Per la Repubblica federale di Germania
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Dr. Theo Waigel

Für die Italienische Republik
Per la Repubblica italiana
Rino Formica

Protokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung

Protocollo alla Convenzione tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e per prevenire le evasioni fiscali

Anläßlich der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung haben die Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 2

Es besteht Einverständnis darüber, daß bei Einführung einer Vermögensteuer in der Italienischen Republik das Abkommen auch auf diese Steuer Anwendung findet.

(2) Zu den Artikeln 4 bis 23

Eine Personengesellschaft gilt im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 als in dem Vertragsstaat ansässig, wenn sie nach dem Recht dieses Staates gegründet worden ist oder sich der Hauptgegenstand ihrer Tätigkeit in diesem Staat befindet. Die in den Artikeln 6 bis 23 vorgesehenen Beschränkungen des Besteuerungsrechts des anderen Vertragsstaats gelten jedoch nur insoweit, als die Einkünfte aus diesem Staat oder das dort gelegene Vermögen der Besteuerung im erstgenannten Staat unterworfen sind.

(3) Zu Artikel 4

Gilt eine natürliche Person in einem Vertragsstaat nur während eines Teils des Jahres und im anderen Vertragsstaat während des übrigen Jahres als ansässig im Sinne des Artikels 4 (Wohnsitzwechsel), so endet die Steuerpflicht, sofern für diese die Ansässigkeit maßgebend ist, im erstgenannten Staat mit Ablauf des Tages, an dem der Wohnsitzwechsel stattgefunden hat. Im anderen Staat beginnt die Steuerpflicht, sofern für diese die Ansässigkeit maßgebend ist, am Tag nach dem Wohnsitzwechsel.

(4) Zu den Artikeln 6 und 24

Bei der Besteuerung von Einkünften aus deutschem Grundvermögen im Sinne des Artikels 6, die in der Bundesrepublik Deutschland der Steuer unterliegen, wird die Italienische Republik die Steuerbemessungsgrundlagen, die der deutschen Besteuerung zugrunde gelegt werden, übernehmen, soweit sich nicht nach italienischem Recht eine niedrigere Besteuerung ergibt.

(5) Zu Artikel 7

a) Einer Betriebsstätte, die ganz oder teilweise aus einer Bauausführung oder Montage besteht, dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, auf Grund ihrer Bau- oder Montagetätigkeit nur die sich aus dieser Tätigkeit unmittelbar ergebenden Gewinne zugerechnet werden. Ihr dürfen auf Grund dieser Tätigkeit insbesondere keine Gewinne zugerechnet werden, die aus einer mit dieser Tätigkeit im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Materiallieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer

All'atto della firma della Convenzione conclusa in data odierna tra la Repubblica federale di Germania e la Repubblica italiana per evitare le doppie imposizioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio e per prevenire le evasioni fiscali, i sottoscritti hanno concordato le seguenti disposizioni che formano parte integrante della Convenzione.

1. Ad articolo 2

Resta inteso che qualora venisse introdotta nella Repubblica italiana un'imposta sul patrimonio, la Convenzione si applicherà a tale imposta.

2. Ad articoli da 4 a 23

Una società di persone è considerata residente dello Stato contraente in base all'articolo 4, paragrafo 1, qualora sia stata costituita in conformità della legislazione di detto Stato od abbia in tale Stato l'oggetto principale della propria attività. Tuttavia, le limitazioni al diritto di imposizione dell'altro Stato contraente contenute negli articoli da 6 a 23 sono applicabili soltanto nella misura in cui i redditi provenienti da questo Stato o il patrimonio ivi situato sono assoggettati all'imposta del primo Stato.

3. Ad articolo 4

Se una persona fisica è considerata residente dello Stato contraente in base all'articolo 4 soltanto per una frazione dell'anno ed è considerata residente dell'altro Stato contraente per il resto dell'anno (cambio di residenza), l'assoggettamento all'imposta, nei limiti in cui esso dipenda dal luogo di residenza, termina nel primo Stato alla fine del giorno in cui è stato effettuato il cambio di domicilio. Nell'altro Stato, l'assoggettamento all'imposta, nei limiti in cui esso dipenda dal luogo di residenza, inizia il giorno successivo al cambio di domicilio.

4. Ad articoli 6 e 24

Per l'imposizione dei redditi derivanti da beni immobili tedeschi di cui all'articolo 6, che sono assoggettati ad imposta nella Repubblica federale di Germania, la Repubblica italiana riprenderà le basi imponibili utilizzate per l'imposizione tedesca, purché non ne risulti un'imposizione minore secondo il diritto italiano.

5. Ad articolo 7

a) Ad una stabile organizzazione che consiste in tutto o in parte in un cantiere di costruzione o di montaggio possono essere attribuiti, per le sue attività di costruzione o di montaggio nello Stato contraente in cui è situata, soltanto gli utili derivanti direttamente dalle predette attività. In particolare, non possono essere ad essa attribuiti, a titolo di tali attività, gli utili risultanti da una consegna di materiale effettuata in connessione con le attività in questione o, indipendentemente da queste, da parte della stabile organizzazione principale o da

anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren.

b) Bei Verträgen, insbesondere Verträgen über die Planung, die Lieferung, den Einbau oder die Fertigung von Ausrüstungen gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Einrichtungen, oder bei öffentlichen Bauarbeiten werden, wenn das Unternehmen eine Betriebsstätte hat, die Gewinne der Betriebsstätte nicht unter Zugrundelegung des gesamten Vertragswerts, sondern nur unter Zugrundelegung desjenigen Teils des Vertrags ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Staat ausgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Die Gewinne, die auf den Teil des Vertrags entfallen, der in dem Staat ausgeführt wird, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet, können nur in diesem Staat besteuert werden.

c) In bezug auf Absatz 3 besteht Einverständnis darüber, daß der Ausdruck „die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen" solche Aufwendungen bedeutet, die mit der eigentlichen Tätigkeit der Betriebsstätte tatsächlich zusammenhängen.

(6) Zu Artikel 8

Dieser Artikel ist auch für die Gewinne anzuwenden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Vermietung von Containern für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr bezieht.

(7) Zu Artikel 9

Berichtigt ein Vertragsstaat die Gewinne eines Unternehmens nach Artikel 9, so nimmt der andere Staat eine Gegenberichtigung der Gewinne des verbundenen Unternehmens in diesem anderen Staat vor, soweit er anerkennt, daß die Berichtigung Bedingungen entspricht, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart worden wären. Die Gegenberichtigung wird nur gemäß den Bestimmungen des Artikels 26 über das Verständigungsverfahren und den diesbezüglichen Bestimmungen dieses Protokolls vorgenommen.

(8) Zu den Artikeln 10 und 11

Abweichend von den Artikeln 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

(9) Zu den Artikeln 10, 11 und 12

Der Empfänger von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren ist Nutzungsberechtigter im Sinne der Artikel 10, 11 und 12, wenn ihm das diesen Zahlungen zugrundeliegende Recht zusteht und ihm die Einkünfte hieraus nach dem Steuerrecht beider Staaten zuzurechnen sind.

(10) Zu den Artikeln 10, 11, 12 und 22

In bezug auf Artikel 10 Absatz 7, Artikel 11 Absatz 5, Artikel 12 Absatz 5 und Artikel 22 Absatz 2 gilt, daß der darin enthaltene letzte Satz nicht so ausgelegt werden kann, daß die in den Artikeln 7 und 14 des Abkommens enthaltenen Grundsätze unberücksichtigt bleiben.

(11) Zu Artikel 11

Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 1, die für Darlehen jeder Art gezahlt werden, die ein Bankinstitut einem anderen Bankinstitut gewährt, sind in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Steuer befreit. Wird das innerstaatliche Recht eines der Ver-

un'altra stabile organizzazione dell'impresa o ancora da parte di una terza persona.

b) Nel caso di contratti, in particolare di contratti di studio, di fornitura, di installazione o di costruzione di attrezzature di stabilimenti industriali, commerciali o scientifici, o di opere pubbliche, allorquando l'impresa ha una stabile organizzazione, gli utili di detta stabile organizzazione non sono determinati sulla base dell'ammontare globale del contratto, ma soltanto sulla base della parte di contratto effettivamente eseguita da tale stabile organizzazione nello Stato in cui la stessa è situata. Gli utili relativi alla parte del contratto eseguita nello Stato in cui è situata la sede di direzione effettiva sono imponibili soltanto in questo Stato.

c) Resta inteso che per quanto concerne il paragrafo 3 dello articolo, per «spese sostenute per gli scopi perseguiti dalla stabile organizzazione», si intendono le spese direttamente connesse con l'attività propria della stabile organizzazione.

6. Ad articolo 8

Tale articolo si applica altresì agli utili che un'impresa di uno Stato contraente ritrae dalla locazione di contenitori utilizzati in traffico internazionale per il trasporto di merci.

7. Ad articolo 9

Se uno Stato contraente procede ad una rettifica degli utili di un'impresa in conformità all'articolo 9, l'altro Stato procede ad un aggiustamento corrispondente agli utili dell'impresa associata di questo altro Stato nei limiti in cui riconosce che la rettifica rispecchia condizioni che sarebbero state convenute tra imprese indipendenti. Tale aggiustamento corrispondente sarà effettuato soltanto in conformità alle disposizioni sulla procedura amichevole dell'articolo 26 e alle relative disposizioni del presente Protocollo.

8. Ad articoli 10 e 11

In deroga alle disposizioni degli articoli 10 e 11, i dividendi e gli interessi sono imponibili nello Stato contraente da cui essi provengono e in conformità alla legislazione fiscale di tale Stato:

a) allorché essi derivino da diritti o da crediti comportanti una partecipazione agli utili (ivi compresi i redditi che uno «stiller Gesellschafter» ritrae dalla sua partecipazione, i redditi derivanti da un «partiarisches Darlehen» ed i redditi derivanti da «Gewinnobligationen» ai sensi della legislazione della Repubblica federale di Germania) e

b) a condizione che essi siano deducibili all'atto della determinazione degli utili del loro debitore.

9. Ad articoli 10, 11 e 12

La persona che percepisce dividendi, interessi e canoni è considerata beneficiario effettivo ai sensi degli articoli 10, 11 e 12 se ad essa spetta il diritto al quale tali pagamenti si ricollegano e se i redditi che ne ritrae devono essere ad essa attribuiti in virtù della legislazione fiscale dei due Stati.

10. Ad articoli 10, 11, 12 e 22

Per quanto concerne il paragrafo 7 dell'articolo 10, il paragrafo 5 dell'articolo 11, il paragrafo 5 dell'articolo 12 ed il paragrafo 2 dell'articolo 22, l'ultima frase ivi contenuta non può essere interpretata nel senso che costituisca una deroga ai principi contenuti negli articoli 7 e 14 della presente Convenzione.

11. Ad articolo 11

Gli interessi di cui al paragrafo 1 dell'articolo 11 pagati per un prestito di qualunque natura concesso da un istituto bancario ad un altro istituto bancario sono esenti da imposta nello Stato contraente da cui gli interessi provengono. Qualora venissero

tragsstaaten geändert, so können die zuständigen Behörden gemeinsam beraten, um die in der vorstehenden Bestimmung vorgesehene Befreiung zu ändern.

(12) Zu Artikel 13

Besteuert ein Vertragsstaat anläßlich des Wegzugs einer in diesem Staat ansässigen natürlichen Person den Wertzuwachs einer wesentlichen Beteiligung an einer in diesem Staat ansässigen Gesellschaft, so legt der andere Staat im Falle einer späteren Veräußerung dieser Beteiligung, sofern er den Gewinn aus einer solchen Veräußerung nach Absatz 4 besteuert, als Anschaffungskosten für die Ermittlung des Veräußerungsgewinns den Betrag zugrunde, den der erstgenannte Staat als fiktiven Wert der Beteiligung im Zeitpunkt des Wegzugs der natürlichen Person ermittelt hat. Der Ausdruck „wesentliche Beteiligung" bedeutet eine Beteiligung von mindestens 25 vom Hundert am Kapital der Gesellschaft.

(13) Zu den Artikeln 15 und 24

Ungeachtet des Artikels 15 können die Vergütungen, die ein in einem Vertragsstaat ansässiger Arbeitnehmer auf Grund einer unselbständigen Arbeit erhält, die er im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines Vertrags mit einem Arbeitnehmerverleiher ausübt, im anderen Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können ungeachtet des Artikels 24 auch in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist. Dieser Staat rechnet die Steuer des anderen Staates nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 2 Buchstabe a oder Absatz 3 Buchstabe b an. Die Vertragsstaaten können die Zahlung der auf diese Vergütungen entfallenden Steuer nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts vom Verleiher oder vom Entleiher verlangen oder sie dafür haftbar machen.

(14) Zu Artikel 19

a) Artikel 19 Absätze 1 und 2 sind auch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die das „Ente Nazionale Italiano per il Turismo (E.N.I.T.)" und das „Istituto Nazionale per il Commercio Estero (I.C.E.)" an ihre Bediensteten zahlen. Dieselben Bestimmungen sind auch auf die Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die die Deutsche Zentrale für Tourismus und die Deutsch-Italienische Handelskammer an ihre Bediensteten zahlen, sofern die Vergütungen und Ruhegehälter aus deutschen öffentlichen Kassen gezahlt werden und in der Bundesrepublik Deutschland der Besteuerung unterliegen.

b) Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i ist nur auf die nach dem 1. Januar 1990 geschlossenen Verträge anzuwenden.

c) i) Artikel 19 Absatz 1 ist auch auf Vergütungen anzuwenden, die an Personen italienischer Staatsangehörigkeit (auch wenn sie zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen), die ihre Tätigkeit bei italienischen kulturellen Einrichtungen oder an Schulen ausüben, gezahlt werden, sofern diese Vergütungen aus italienischen öffentlichen Kassen gezahlt werden und in der Italienischen Republik der Besteuerung unterliegen.

ii) Artikel 19 Absatz 1 ist auch auf Vergütungen anzuwenden, die an Personen deutscher Staatsangehörigkeit (auch wenn sie zugleich die italienische Staatsangehörigkeit besitzen) gezahlt werden, die ihre Tätigkeit bei deutschen kulturellen Einrichtungen oder an Schulen ausüben, sofern diese Vergütungen aus deutschen öffentlichen Kassen gezahlt werden und in der Bundesrepublik Deutschland der Besteuerung unterliegen.

d) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die Bestimmungen dieses Artikels auch auf die Bediensteten anderer ähnlicher Einrichtungen ausdehnen.

e) Bei Ruhegehältern und allen anderen wiederkehrenden oder einmaligen Bezügen, die auf Grund der Sozialversicherungs-

apportate delle modifiche alla legislazione interna di uno degli Stati contraenti, le autorità competenti potranno consultarsi al fine di modificare l'esenzione prevista dalla disposizione che precede.

12. Ad articolo 13

Se uno Stato contraente in occasione della partenza di una persona fisica residente di detto Stato assoggetta ad imposizione la plusvalenza derivante da una partecipazione rilevante in una società residente dello stesso Stato, l'altro Stato in caso di ulteriore cessione di tale partecipazione e purché sottoponga ad imposizione l'utile derivante da una tale cessione in conformità al paragrafo 4, considererà come costo d'acquisto, per la determinazione dell'utile di cessione, l'ammontare che il primo Stato avrà considerato come valore teorico della partecipazione al momento della partenza della persona fisica. Il termine «partecipazione rilevante» designa una partecipazione al capitale della società di almeno il 25 per cento.

13. Ad articoli 15 e 24

Nonostante le disposizioni dell'articolo 15, le remunerazioni che un lavoratore dipendente residente di uno Stato contraente riceve in corrispettivo di un'attività dipendente svolta nell'altro Stato contraente nell'ambito di un contratto che lo stesso ha concluso con un professionista del lavoro temporaneo sono imponibili in quest'altro Stato. Dette remunerazioni, nonostante le disposizioni dell'articolo 24, sono anche imponibili nello Stato di cui è residente il lavoratore dipendente. Tale Stato detrae l'imposta dell'altro Stato in conformità ai principi enunciati ai paragrafi 2a) o 3b) dell'articolo 24. Conformemente al proprio diritto interno, gli Stati contraenti possono richiedere all'utilizzatore o al prenditore il pagamento dell'imposta applicabile a dette remunerazioni o ritenerli responsabili della stessa.

14. Ad articolo 19

a) Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 dell'articolo 19 si applicano anche alle remunerazioni e pensioni corrisposte al proprio personale dall'«Ente Nazionale Italiano per il Turismo (E.N.I.T.)» e dall'«Istituto Nazionale per il Commercio Estero (I.C.E.)». Le stesse disposizioni si applicano altresì alle remunerazioni e pensioni pagate al proprio personale dalla «Deutsche Zentrale für Tourismus» e dalla «Deutsch-Italienische Handelskammer» nella misura in cui tali remunerazioni e pensioni provengano da fondi pubblici tedeschi ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica federale di Germania.

b) La disposizione del paragrafo 1, capoverso b), sottocapoverso i), dell'articolo 19 si applica soltanto ai contratti conclusi successivamente al 1° gennaio 1990.

c) i) Le disposizioni del paragrafo 1 dell'articolo 19 si applicano anche alle remunerazioni pagate alle persone che hanno la nazionalità italiana (ancorché posseggano anche la nazionalità tedesca) e che svolgono la propria attività presso istituzioni culturali italiane o istituti scolastici, nella misura in cui dette remunerazioni provengano da fondi pubblici italiani ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica italiana.

ii) Le disposizioni del paragrafo 1 dell'articolo 19 si applicano altresì alle remunerazioni pagate alle persone che hanno la nazionalità tedesca (ancorché posseggano anche la nazionalità italiana) e che svolgono la propria attività presso istituzioni culturali tedesche o istituti scolastici, nella misura in cui dette remunerazioni provengano da fondi pubblici tedeschi ed a condizione che le stesse siano assoggettate ad imposta nella Repubblica federale di Germania.

d) Le autorità competenti degli Stati contraenti possono estendere le disposizioni dell'articolo ai dipendenti di altre analoghe organizzazioni.

e) Per quanto concerne le pensioni ed ogni altro assegno, periodico o non, pagati in base alla legislazione sulla sicurezza

gesetzgebung eines Vertragsstaats an Personen gezahlt werden, die im anderen Vertragsstaat ansässig sind und dessen Staatsangehörigkeit besitzen,

i) wird die italienische Steuer nur auf den Betrag erhoben, der nach deutschem Recht zu besteuern wäre, wenn der Empfänger in der Bundesrepublik Deutschland ansässig wäre;

ii) darf die nach deutschem Recht ermittelte Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer den Betrag nicht übersteigen, der der italienischen Steuer unterliegen würde.

Die zuständigen Behörden regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(15) Zu Artikel 22

Die Vergütungen, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für den Unterhalt einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person, auch eines Kindes, gezahlt werden, können nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(16) Zu Artikel 24

a) Wird in der Italienischen Republik eine Vermögensteuer eingeführt, so wird die in Übereinstimmung mit dem Abkommen erhobene deutsche Vermögensteuer nach Artikel 24 Absatz 2 von der italienischen Vermögensteuer abgezogen.

b) Verwendet eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats zur Ausschüttung von Dividenden, so schließt Artikel 24 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts des einen oder des anderen Vertragsstaats nicht aus.

c) Der von einem Vertragsstaat nach Artikel 24 Absatz 2 oder Absatz 3 Buchstabe b anzurechnende Gesamtbetrag wird nicht ermäßigt, wenn der andere Vertragsstaat zum Ausgleich einer Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes seine im Abzugsweg erhobene Steuer auf Dividenden aufhebt.

d) Für die Zwecke des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe a gelten die Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus dem anderen Vertragsstaat stammend, wenn sie im anderen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Abkommen effektiv besteuert worden sind.

e) Bezieht eine in einem der Vertragsstaaten ansässige Person zwischen dem 1. Januar 1989 und dem Zeitpunkt, ab dem das Abkommen nach Artikel 31 Absatz 2 anzuwenden ist, Einkünfte aus unselbständiger Arbeit im Sinne des Artikels 15 Absatz 2, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 11 des Abkommens vom 31. Oktober 1925 auch in diesem Staat besteuert werden. Dieser Staat vermeidet eine Doppelbesteuerung dadurch, daß er die im Staate der Arbeitsausübung erhobene Steuer auf seine eigene Steuer von diesen Einkünften anrechnet. Die Grundsätze des Artikels 24 Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b gelten entsprechend.

(17) Zu den Artikeln 24 und 6 bis 22

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Artikel 24 und 6 bis 22 des Abkommens die Bundesrepublik Deutschland nicht hindern,

a) bei deutschen Staatsangehörigen, die unter die §§ 2, 3 und 5 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 fallen, aus der Bundesrepublik Deutschland stammende Einkünfte und dort belegenes Vermögen nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts zu besteuern; dies gilt auch für deutsche Staatsangehörige, die nach Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens als in der Italienischen Republik ansässig gelten und lediglich deshalb nicht unter die §§ 2, 3 und 5 des Außensteu-

sociale di uno Stato contraente a persone che sono residenti dell'altro Stato contraente e che ne possiedono la nazionalità,

i) se il beneficiario era residente della Repubblica federale di Germania, l'imposta italiana è prelevata soltanto sull'ammontare che sarebbe imponibile secondo la legislazione tedesca;

ii) la base imponibile dell'imposta tedesca calcolata secondo la legislazione di tale paese non può eccedere l'ammontare che sarebbe assoggettato all'imposta italiana.

Le autorità competenti regoleranno di comune accordo le modalità di applicazione di tale limitazione.

15. Ad articolo 22

Gli assegni versati da un residente di uno Stato contraente per il mantenimento di un residente dell'altro Stato contraente, ivi compreso un bambino, sono imponibili soltanto nel primo Stato.

16. Ad articolo 24

a) Nel caso in cui venga introdotta nella Repubblica italiana una imposta sul patrimonio, l'imposta tedesca sul patrimonio, prelevata in conformità alle disposizioni della Convenzione, sarà portata in deduzione dall'imposta italiana sul patrimonio conformemente alle disposizioni previste al paragrafo 2 dell'articolo 24.

b) Qualora una società residente di uno Stato contraente destini dei redditi provenienti da fonti situate nell'altro Stato contraente a distribuzioni di dividendi, l'articolo 24 non comporterà pregiudizio alla percezione di un'imposta compensativa sugli ammontari distribuiti conformemente alle disposizioni della legislazione fiscale dell'uno o dell'altro Stato contraente.

c) L'ammontare totale da dedurre da parte di uno Stato contraente in conformità dell'articolo 24, paragrafo 2, o paragrafo 3, capoverso b), non verrà ridotto se l'altro Stato contraente elimina la propria ritenuta alla fonte sui dividendi al fine di compensare una maggiorazione dell'aliquota dell'imposta sulle società.

d) Per l'applicazione del paragrafo 3, capoverso a), dell'articolo 24, i redditi di un residente di uno Stato contraente sono considerati provenienti dall'altro Stato contraente se essi hanno effettivamente scontato l'imposta prevista in questo altro Stato contraente conformemente alla presente Convenzione.

e) Se una persona residente di uno degli Stati contraenti percepisce, tra il 1° gennaio 1989 e la data in cui la Convenzione sarà applicabile ai sensi dell'articolo 31, paragrafo 2, redditi di lavoro subordinato di cui all'articolo 15, paragrafo 2, tali redditi, nonostante le disposizioni degli articoli 7 e 11 della Convenzione del 31 ottobre 1925, sono imponibili anche in detto Stato. Questo Stato eviterà una doppia imposizione deducendo l'imposta riscossa nello Stato in cui il lavoro viene svolto dall'imposta che lo stesso percepisce sui redditi di cui trattasi. Mutatis mutandis, si applicano i principi dell'articolo 24, paragrafi 2 e 3b).

17. Ad articoli 24 e da 6 a 22

Resta inteso che gli articoli 24 e da 6 a 22 della presente Convenzione non impediranno alla Repubblica federale di Germania

a) per quanto concerne i nazionali tedeschi che ricadono nell'ambito di applicazione degli articoli 2, 3 e 5 della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero, di sottoporre ad imposizione i loro redditi provenienti dalla Repubblica federale di Germania ed il loro patrimonio situato in tale Paese in conformità alle disposizioni della legislazione fiscale tedesca; ciò vale ugualmente per i nazionali tedeschi che, ai sensi dell'articolo 4, paragrafo 2,

ergesetzes vom 8. September 1972 fallen, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland noch einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Hierbei besteht Einverständnis darüber, daß die in der Italienischen Republik erhobene Einkommensteuer keine niedrige Besteuerung im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 1 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 darstellt. Das gilt nicht für Personen, die nur mit den Einkünften aus italienischen Quellen besteuert werden;

b) die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person zuzurechnen sind.

Die Besteuerung dieser Einkünfte oder dieser Vermögenswerte durch die Italienische Republik nach den Bestimmungen des Abkommens bleiben hiervon unberührt.

Die Bundesrepublik Deutschland rechnet in entsprechender Anwendung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die italienische Steuer an, die nach den Bestimmungen des Abkommens von diesen Einkünften oder Vermögenswerten erhoben wird. Die deutsche Steuer kann jedoch in der Höhe erhoben werden, wie sie sich aus der Anwendung des Abkommens ergäbe.

(18) Zu den Artikeln 24 und 26

In bezug auf Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 26 gilt folgende Regelung: Werden Einkünfte in der Italienischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich qualifiziert oder unterschiedlich zugerechnet und kann dieser Unterschied nicht durch ein Verständigungsverfahren nach Artikel 26 beseitigt werden, so gilt folgendes:

a) Würden die betreffenden Einkünfte doppelt besteuert, so vermeidet die Bundesrepublik Deutschland diese Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe b;

b) würden die betreffenden Einkünfte in der Italienischen Republik nicht oder nur ermäßigt besteuert und gleichzeitig von der deutschen Steuer befreit, so gewährt die Bundesrepublik Deutschland für diese Einkünfte nicht eine Steuerbefreiung nach Artikel 24 Absatz 3 Buchstabe a, sondern eine Steueranrechnung nach den Grundsätzen des Artikels 24 Absatz 3 Buchstabe b.

(19) Zu Artikel 26

Der Ausdruck „unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht ... vorgesehenen Rechtsmittel" in Artikel 26 Absatz 1 bedeutet, daß die Eröffnung des Verständigungsverfahrens das innerstaatliche Rechtsmittel nicht ersetzen kann.

(20) Zu Artikel 27

In bezug auf den in Artikel 27 vorgesehenen Informationsaustausch besteht Einverständnis darüber, daß dieser Austausch nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts beider Vertragsstaaten erfolgt, durch das die Richtlinie 77/799/EWG vom 19. Dezember 1977 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern umgesetzt worden ist oder zukünftige EWG-Richtlinien auf diesem Gebiet umgesetzt werden.

(21) Zu Artikel 29

a) Der Quellensteuerabzug für Lizenzgebühren nach Artikel 12 des Abkommens kann auf Antrag des Gläubigers der Lizenzgebühren zu dem im Abkommen vorgesehenen Satz statt dem im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten vorgese-

della Convenzione, sono considerati residenti della Repubblica italiana e che non ricadono nell'ambito di applicazione degli articoli 2, 3 e 5 della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero per il semplice fatto che hanno ancora un domicilio o la loro dimora abituale nella Repubblica federale di Germania.

Resta inteso a questo proposito che l'imposta sul reddito prelevata in Italia non costituisce una debole imposizione ai sensi dell'articolo 2, paragrafo 2, cifra 1, della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero. Questa non si applica alle persone che sono assoggettate ad imposta soltanto per i redditi di fonte italiana.

b) di assoggettare ad imposizione le somme che, ai sensi della Parte Quarta della Legge dell'8 settembre 1972 relativa all'obbligazione fiscale nelle relazioni con l'estero, sono attribuibili ad una persona residente della Repubblica federale di Germania.

L'imposizione da parte della Repubblica italiana di tali redditi o di tali elementi di partrimonio in base alle disposizioni della Convenzione non viene pregiudicata da quanto precede.

La Repubblica federale di Germania deduce, in conformità alle disposizioni della legislazione fiscale tedesca concernenti la deduzione delle imposte straniere, l'imposta italiana prelevata su detti redditi o su detti elementi di patrimonio in applicazione della Convenzione. Tuttavia, l'imposta tedesca può essere prelevata a concorrenza dell'ammontare che risulterebbe dall'applicazione delle disposizioni della Convenzione.

18. Ad articoli 24 e 26

Per quanto concerne il paragrafo 3 dell'articolo 24 e l'articolo 26, qualora esista una differenza nella qualificazione o attribuzione di redditi nella Repubblica italiana e nella Repubblica federale di Germania, differenza non regolata in base ad una procedura amichevole ai sensi dell'articolo 26 e dalla quale

a) conseguirebbe una doppia imposizione di detti redditi, la Repubblica federale di Germania elimina la doppia imposizione accordando un credito in conformità dei principi enunciati al paragrafo 3b dell'articolo 24,

b) conseguirebbe un'esenzione o uno sgravio di detti redditi dall'imposta italiana ed un'esenzione dall'imposta tedesca, la Repubblica federale di Germania non accorda, nei confronti di tali redditi, un'esenzione ai sensi del paragrafo 3a) dell'articolo 24, ma accorda un credito in conformità dei principi enunciati al paragrafo 3b) dell'articolo 24.

19. Ad articolo 26

All'espressione di cui al paragrafo 1 dell'articolo 26 «indipendentemente dai ricorsi previsti dal diritto interno» si attribuisce il significato secondo cui l'avvio della procedura amichevole non può essere ritenuto sostitutivo dei mezzi di ricorso nazionali.

20. Ad articolo 27

Per quanto concerne lo scambio di informazioni previsto dall'articolo 27, resta inteso che detto scambio deve essere effettuato tenendo conto delle disposizioni delle legislazioni interne dei due Stati contraenti che hanno dato esecuzione alla direttiva 77/799/CEE del 19 dicembre 1977 relativa all'assistenza reciproca tra le autorità competenti degli Stati membri della CEE nel settore delle imposte dirette o che daranno esecuzione a future direttive comunitarie in tale settore.

21. Ad articolo 29

a) L'imposizione alla fonte dei canoni, quale prevista all'articolo 12 della Convenzione, può, a richiesta del creditore dei canoni, essere effettuata con l'aliquota prevista nella Convenzione invece di essere prelevata con l'aliquota prevista nella

henen Satz vorgenommen werden. Der Antrag kann jedoch auch vom Schuldner der Lizenzgebühren oder von einem Dritten gestellt werden, wenn diese von dem Gläubiger hierzu schriftlich bevollmächtigt sind und die Vollmacht der zuständigen Steuerbehörde vorgelegt wird. Für die Anträge sind die hierzu vorgesehenen Vordrucke zu verwenden, die vollständig ausgefüllt, unterschrieben und mit der Wohnsitzbestätigung des Staates, in dem der beschränkt steuerpflichtige Gläubiger der Lizenzgebühren ansässig ist, versehen sein müssen.

Für alle anderen Einkünfte, die einem Quellensteuerabzug unterliegen, kann ein ähnliches Verfahren nach Artikel 29 Absatz 3 eingeführt werden.

b) Artikel 29 Absatz 3 schließt nicht die Auslegung aus, wonach die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen auch andere Verfahren für die Anwendung der Steuerermäßigungen, zu denen das Abkommen berechtigt, festlegen können.

(22) Zu Artikel 31

a) Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe g findet nur auf Bauausführungen und Montagen Anwendung, die nach Inkrafttreten des Abkommens begonnen werden.

b) Abweichend von Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a des Abkommens findet Nummer 16 Buchstabe e dieses Protokolls ab 1. Januar 1989 Anwendung.

(23) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, die besonderen Schwierigkeiten, die sich ergeben können, wenn das Abkommen zu einer neuen Aufteilung der Besteuerungsrechte führt, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Dies gilt auch in den Fällen, in denen das alte Abkommen unterschiedlich ausgelegt wurde.

legislazione interna degli Stati contraenti. Una tale richiesta può, tuttavia, essere presentata anche dal debitore dei canoni o da un terzo, a condizione che costoro ne siano autorizzati con mandato scritto del creditore e che tale mandato sia prodotto all'autorità fiscale competente. Le richieste devono essere presentate utilizzando i modelli previsti a tal fine che, debitamente compilati, devono essere firmati e muniti dell'attestazione di domicilio dello Stato di residenza del creditore dei canoni assoggettato all'obbligo fiscale limitato.

Una analoga procedura può essere istituita ai sensi dell'articolo 29, paragrafo 3, per ogni altro reddito assoggettato ad un'imposizione alla fonte.

b) La disposizione del paragrafo 3 dell'articolo non esclude l'interpretazione secondo la quale le autorità competenti degli Stati contraenti possono stabilire di comune accordo altre procedure per l'applicazione delle riduzioni d'imposta cui dà diritto la Convenzione.

22. Ad articolo 31

a) L'articolo 5, paragrafo 2, capoverso g), si applica soltanto ai cantieri di costruzione o di montaggio aperti dopo l'entrata in vigore della Convenzione.

b) In deroga al paragrafo 2, capoverso a), dell'articolo 31 della Convenzione, il numero 18, capoverso e), del presente Protocollo sarà applicabile a partire dal 1° gennaio 1989.

23. Le autorità competenti degli Stati contraenti faranno del loro meglio per risolvere, per via di amichevole composizione, le specifiche difficoltà che potranno insorgere nel caso in cui la presente Convenzione comporti una nuova ripartizione dei diritti di imposizione. Ciò si applicherà parimenti al caso in cui la vecchia Convenzione abbia formato oggetto di interpretazioni divergenti.

Geschehen zu Bonn am 18. Oktober 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

In fede di che, i plenipotenziari dei due Stati hanno firmato il presente Protocollo.

Fatto a Bonn il 18 ottobre 1989, in duplice esemplare, in lingua tedesca e italiana, i due testi facenti egualmente fede.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Per la Repubblica federale di Germania
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Dr. Theo Waigel

Für die Italienische Republik
Per la Repubblica italiana
Rino Formica

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

1. Anlaß und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik galt bislang das Abkommen vom 31. Oktober 1925 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern. Es ist das älteste deutsche Abkommen dieser Art. Es genügt in vielem nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es entspricht außerdem nicht dem Musterabkommen der OECD, dessen Regelungen den neueren Abkommen der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegen.

Das Revisionsabkommen paßt die deutsch-italienischen Steuerbeziehungen an das heutige Steuerrecht beider Staaten sowie an den gegenwärtigen Stand des internationalen Steuerrechts an. Durch die Annäherung an den OECD-Mustertext fügt es sich in das bestehende deutsche Abkommensnetz ein und dient damit der Harmonisierung der deutschen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung.

Die Anregungen zu dieser Vertragsrevision gehen bereits auf die 60iger Jahre zurück. Die deutschen und die italienischen Vorstellungen über den Inhalt eines neuen Doppelbesteuerungsabkommens gingen jedoch auf wichtigen Teilgebieten weit auseinander; es verblieb deshalb bei dem alten Abkommen, das nach deutscher Auffassung trotz aller Mängel in vielem einem den italienischen Vorschlägen folgenden Vertrag vorzuziehen war. Als das italienische Steuerrecht durch eine Reform 1974 grundlegend geändert wurde, stellten beide Vertragsstaaten im Verständigungswege fest, daß das alte Abkommen in den Vertragstaaten weiterhin anzuwenden war (BMF-Schreiben vom 17. Mai 1977 – IV C 5 – S 1301 It. – 27/77 –, Bundessteuerblatt Teil I S. 301).

Die Entwicklung des italienischen Steuerrechts führte Anfang der 80iger Jahre zu einer deutlichen Annäherung der Standpunkte beider Länder. Gleichzeitig traten die Mängel des alten Abkommens – z. B. durch Verzerrungen auf lohnsteuerlichem Gebiet – deutlicher hervor. Das jetzt vorliegende Revisionsabkommen stellt einen ausgewogenen Kompromiß dar, mag er auch im einzelnen deutschen Vertragsvorstellungen widersprechen. Das Abkommen kann gleichwohl nach deutscher Auffassung keine Vorbildwirkung für die künftige Rechtsentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft haben.

2. Gliederung des Abkommens

Das neue Doppelbesteuerungsabkommen entspricht in Inhalt, Aufbau und textlicher Ausgestaltung weitgehend dem Musterabkommen, das die OECD ihren Mitgliedstaaten im Jahre 1977 empfohlen hat. Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 des Abkommens grenzen den Geltungsbereich ab und enthalten die für die Abkommensanwendung wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 23 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögen bei internationalen Besteuerungsfällen besteuern darf. Artikel 24 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die Artikel 25 bis 32 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die Durchführung von Verständigungsverfahren, den Informationsaustausch zwischen den Vertragsstaaten sowie das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens sowie einige andere Fragen.

Dem Abkommen ist ein Protokoll mit ergänzenden Regelungen beigegeben, das Bestandteil des Abkommens ist.

3. Rechtsänderungen durch das Abkommen

Das vorliegende neue Abkommen weicht nach seinen Einzelregelungen von dem bisherigen Vertrag ab. Beide Verträge liegen jedoch in der gemeinsamen Entwicklungslinie des internationalen Steuerrechts; deshalb entsprechen sich die Lösungen des früheren und des neuen Vertrages in vielem. Das gilt z. B. für den sachlichen Anwendungsbereich des Abkommens, für die Anwendung des Belegenheitsprinzips bei Einkünften aus Grundvermögen und des Betriebsstättenprinzips bei gewerblichen Einkünften. Aus diesem Grunde werden die Rechtsänderungen durch das Abkommen nicht zu einer grundsätzlichen Neuordnung führen.

Zu den wichtigsten Änderungen durch das Revisionsabkommen sei folgendes erwähnt:

- Der persönliche Geltungsbereich wird auf Personen erweitert, die weder die deutsche noch die italienische Staatsangehörigkeit besitzen (Artikel 1).
- Es wird eine den wirtschaftlichen Gegebenheiten besser angepaßte Wohnsitz- und Betriebsstättendefinition gegeben (Artikel 4 und 5).
- Die Höhe der Besteuerung von Dividenden im Quellenstaat, die durch das bisherige Abkommen nicht begrenzt wird, wird auf 15 v. H. bzw. auf 10 v. H. begrenzt (Artikel 10 Abs. 2).
- Die deutsche Besteuerung von Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in italienische Tochtergesellschaften wird verbessert (Freistellung von Schachteldividenden statt sogenannter indirekter Anrechnung).
- Für Zinsen, die bisher im Quellenstaat teilweise unbegrenzt steuerpflichtig, teils völlig steuerfrei waren, wird einheitlich ein Abzugsteuersatz von 10 v. H. festgelegt; in begrenztem Bereich erfolgt völlige Freistellung (Artikel 11 Abs. 3 und 4).
- Bei Lizenzgebühren wird anstelle der bisherigen Steuerfreiheit eine Quellensteuer von 5 v. H. neu zugelassen, allerdings mit Ausnahme bei literarischen Urheberrechten und gewissen anderen Zahlungen (Artikel 12 Abs. 5).
- Bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird für die nur kurzfristige Arbeitsausübung im

Ausland die sog. 183-Tageklausel eingeführt, womit Verzerrungen im lohnsteuerlichen Bereich entfallen.

- Bei der Besteuerung von Ruhegehältern und Renten, insbesondere aus der Sozialversicherung, wird bei der Zuteilung der Besteuerungsrechte sozialen Gesichtspunkten Rechnung getragen (Artikel 18 und 19).
- Bei Bezügen von Künstlern und Berufssportlern wird die dem OECD-Musterabkommen entsprechende Quellenbesteuerung vorgesehen (Artikel 17).

Bei der Wohnsitzbesteuerung wird die Italienische Republik von dem bisher geübten Freistellungsverfahren auf das Anrechnungsverfahren übergehen (im OECD-Musterabkommen werden diese beiden Verfahren gleichwertig behandelt). Die Bundesrepublik Deutschland bleibt grundsätzlich beim Freistellungsverfahren, wendet aber im Rahmen der neueren Abkommensübung bei bestimmten Einkünften auch das Anrechnungsverfahren an.

Das Revisionsabkommen wird grundsätzlich erstmals im Kalenderjahr nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden anzuwenden sein (Artikel 31 Abs. 2), voraussichtlich also vom 1. Januar 1991 an. In einigen Bereichen (wie in Fällen der Betriebsstättenbesteuerung, der neu eingeführten Quellenbesteuerung) wurden Übergangsregelungen vorgesehen (Artikel 31 Abs. 4).

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Die Abkommensregelungen folgen weitgehend dem OECD-Musterabkommen in der in der deutschen Vertragspraxis üblichen Form. Im folgenden wird in der Regel nur auf wichtigere Abweichungen hiervon sowie auf wichtige Abweichungen zwischen geltendem und neuem Vertragsrecht hingewiesen.

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt. Die bisherige Beschränkung des Abkommensschutzes auf Staatsangehörige eines der beiden oder beider Vertragsstaaten entfällt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel führt die Steuern auf, die unter das Abkommen fallen. Sie decken sich in beiden Staaten mit den nach dem heutigen Stand vom alten Abkommen abgedeckten Steuern. Die Bestimmung des Protokolls (Nr. 1) zu diesem Artikel stellt klar, daß das Abkommen im Fall der Einführung einer italienischen Vermögensteuer auch für diese gilt.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert einige im Abkommen mehrfach verwendete Begriffe (Absatz 1). Das Abkommen soll, abweichend vom bisherigen Rechtszustand, auch für den Festlandsockel beider Staaten gelten, soweit diesen dort Souveränitätsrechte zustehen.

Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person", der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte der Vertragsstaaten maßgebend ist. Die Ansässigkeit bestimmt sich grundsätzlich nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1). Ist eine natürliche Person danach in beiden Staaten ansässig, so wird für die Abkommensanwendung nach bestimmten – im wesentlichen heutigem Recht entsprechenden – Kriterien nur einer der Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat angesehen (Absatz 2). Tritt der Fall der doppelten Ansässigkeit bei juristischen Personen ein, so entscheidet über die Ansässigkeit im Sinne des Abkommens nicht mehr – wie bisher – der Sitz, sondern der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung.

Die Protokollbestimmungen Nr. 2 zu Artikeln 4 bis 23 und Nr. 3 zu Artikel 4 regeln die Ansässigkeit von Personengesellschaften sowie Beginn und Ende der Steuerpflicht in den Staaten bei Wohnsitzwechsel.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff der „Betriebsstätte", der die Grundlage für die Zuweisung der Besteuerung bei gewerblichen Einkünften bildet (vgl. auch die Ausführungen zu Artikel 7). Anders als das alte Abkommen enthält die Bestimmung die im OECD-Musterabkommen und im deutschen Steuerrecht übliche allgemeine Begriffsbestimmung der Betriebsstätte, die der internationalen Freizügigkeit dienenden Ausnahmetatbestände (z. B. Einrichtungen zur Lagerhaltung, Einkaufs- oder Informationsbeschaffungsstellen, Hilfseinrichtungen) sowie eine feste zeitliche Begrenzung für Bauausführungen oder Montagen. Vertretungen ohne Abschlußvollmacht gelten – anders als nach dem bisherigen Abkommen – in keinem Fall mehr als Betriebsstätten (Absatz 5).

Die Protokollbestimmung zu Artikel 31 ist Teil der Überleitungsvorschrift für Bauausführungen und Montagen; sie wurde durch eine Verständigungsregelung zum bisherigen Abkommen notwendig, die längere Fristen als das jetzige Abkommen zuließ.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem das Vermögen liegt. Dies gilt – wie im bisherigen Abkommen – für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Betriebsgrundstücken und aus der Vermietung und Verpachtung unbeweglichen Vermögens. Entfallen ist die bisherige Gleichstellung von Zinsen aus dinglich gesicherten Forderungen mit den Einkünften aus unbeweglichem Vermögen.

Die Protokollbestimmung Nr. 4 zu Artikeln 6 und 24 stellt sicher, daß bei der italienischen Besteuerung von deutschem Grundvermögen höchstens die nach deutschem Steuerrecht hierauf anzuwendende Bemessungsgrundlage zugrunde gelegt wird.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in

seinem Gebiet gelegene Betriebsstätte erzielt wird („Betriebsstättenprinzip"); dies gilt nur für die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne. Die Absätze 2 bis 6 enthalten die OECD-Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebsstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den Bestimmungen über die Besteuerung anderer Einkünfte. Diese Grundsätze entsprechen weitgehend der heutigen Handhabung des bisherigen Abkommens, dessen Sonderbestimmungen (z. B. über die Behandlung „wirtschaftlicher Einheiten", über die „Bilanzierung und die Gleichstellung gewisser Anteile an Kapitalgesellschaften") durch die internationale Rechtsentwicklung überholt sind. Die Protokollbestimmung Nr. 5 zu Artikel 7 stellt klar, wie im Betriebsstättenstaat bei Bauausführungen oder Montagestellen die Besteuerung von Gewinnen aus Materiallieferungen zu erfolgen hat, und beseitigt Zweifel bei der Zurechnung bestimmter Aufwendungen.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur im Staat des Ortes der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden können. Dies entspricht bisherigem Recht. Die Protokollbestimmung Nr. 6 zu Artikel 8 unterstellt dem Artikel auch die Vermietung von Containern und schließt damit die Erhebung einer Abzugsteuer (Artikel 12) im Quellenstaat von dabei entstehenden Mieteinnahmen aus.

Zu Artikel 9

Für die Verhältnisse zwischen verbundenen Unternehmen enthält dieser Artikel den international anerkannten Grundsatz des Fremdverhaltens; er fehlte im bisherigen Abkommen. Die Bestimmung gestattet es den Steuerverwaltungen der beiden Staaten, die Gewinne verbundener Unternehmen übereinstimmend aufzuteilen; die Protokollbestimmung Nr. 7 hierzu bietet dabei die Grundlage, bei Berichtigungen eines Staates in dem anderen Staat eine Gegenberichtigung vorzunehmen, soweit Einigkeit über die Begründetheit besteht; hierzu kann ein Verständigungs- bzw. Konsultationsverfahren nach Artikel 26 durchgeführt werden.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Dividenden. Sie können wie bisher grundsätzlich im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden.

Nach der bisherigen Rechtslage konnte auch der Quellenstaat die Dividenden nach seinem Recht besteuern; davon machten beide Staaten durch Quellenabzüge (deutscher Satz: 25 v. H., italienischer Regelsatz: 30 v. H.) Gebrauch. Das Revisionsabkommen ändert dies nicht, begrenzt jedoch zukünftig die Quellensteuer auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden. Diese Steuer wird im Wohnsitzstaat des Empfängers der Dividenden auf dessen Steuer angerechnet, soweit die Dividenden nicht – wie bei deutschen Muttergesellschaften italienischer Tochtergesellschaften – als Schachteldividenden freigestellt werden (Artikel 24 Abs. 3 Buchstabe a). Abweichend davon wird der Steuersatz bei Dividendenzahlungen italienischer Tochtergesellschaften an ihre deutschen Muttergesellschaften (Schachteldividenden) auf 10 v. H. begrenzt (Absatz 3).

Absatz 6 definiert den Begriff der Dividenden. Nach Absatz 7 gelten für den Fall, daß die Dividenden über eine im Staat der ausschüttenden Gesellschaft gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung bezogen werden, die allgemeinen Grundsätze der Artikel 7 oder 14. Die Durchführung der Begrenzung regeln Artikel 29 sowie Absatz 2 Satz 3.

Absatz 8 enthält die international übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung.

Im übrigen ist auf folgende Sonderregelungen des Abkommens hinzuweisen, die durch die Steuerrechte beider Vertragsstaaten notwendig wurden:

- In der Bundesrepublik Deutschland wird die Rückgängigmachung der „Ausschüttungsbelastung" nach § 52 KStG gewährt. Das Abkommen bestätigt dies. Italien gewährt deutschen Anteilsinhabern an italienischen Gesellschaften Gegenrecht.
- Einkünfte typischer stiller Gesellschafter sowie aus gewinnabhängigen Darlehen können in der Bundesrepublik Deutschland gewinnmindernd berücksichtigt werden und unterliegen deshalb auf der Ebene der Gesellschaft keiner Gewinnbesteuerung; zum Ausgleich bleibt es nach der Protokollbestimmung Nr. 8 zu Artikeln 10 und 11 der Bundesrepublik Deutschland als Quellenstaat vorbehalten, hierauf den allgemeinen Kapitalertragsteuersatz in Höhe von 25 v. H. anzuwenden. Sollten künftig solche Zahlungen einer echten Gewinnbesteuerung auf der Ebene der Gesellschaft unterliegen, so könnte die deutsche Kapitalertragsteuer nur noch nach dem im Abkommen vorgesehenen ermäßigten Steuersatz erhoben werden.
- Werden aus Italien bezogene Dividenden nach nationalem italienischen Steuerrecht in die Besteuerung einer italienischen Betriebsstätte mit günstigen Steuerfolgen für den Dividendenempfänger einbezogen, so läßt das Abkommen dies unberührt; dies wird durch die Fassung des Artikels 10 Abs. 7 Satz 2 klargestellt, die jedoch die Steuerrechtszuweisungen unberührt läßt (vgl. Protokollbestimmung Nr. 10).

Bei der Wertung der Absätze 2 und 3 sind Besonderheiten des deutschen und des italienischen Steuerrechts hinsichtlich der Besteuerung ausgeschütteter Gewinne bei den Kapitalgesellschaften einerseits und ihren Aktionären andererseits zu beachten.

a) In beiden Ländern besteht ein System der Vollanrechnung, bei dem die Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer des Aktionärs anzurechnen ist. Bei den Verhandlungen ist erörtert worden, ob diese internen Maßnahmen durch das Doppelbesteuerungsabkommen auf ausländische Aktionäre ausgeweitet werden könne. Das vorliegende Abkommen sieht hiervon ab, weil Italien derartige Bestimmungen nicht wünscht; eine Angleichung wird im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung angestrebt werden.

b) Auf deutscher Seite war bei Abschluß der Verhandlungen die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Januar 1976 (BT-Drucks. 7/3503) zu berücksichtigen, nach der das gegenwärtige Körperschaftsteuersystem den Belangen der im Ausland ansässigen Anteilseigner durch die Ermäßigung der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne Rechnung trägt; für

die gegenwärtigen Satzverhältnisse sieht das Abkommen auf deutscher Seite die unter investitions- und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten bisher angemessene Begrenzung der deutschen Kapitalertragsteuer auf 15 v. H. vor, die im Abkommen bei wesentlichen Beteiligungen festgelegt ist; hierzu wird auf die Darlegungen der Denkschrift zum Protokoll vom 22. September 1978 zum deutsch-schwedischen Doppelbesteuerungsabkommen (BT-Drucks. 8/3225) verwiesen.

Der italienische Abzugsteuersatz bei Schachteldividenden beträgt 10 v. H.

c) Auf Grund des Steuerreformgesetzes 1990 wird sich das Satzverhältnis ab 1990 ändern. Die italienische Seite wünschte nicht, die Auswirkungen dieser Änderungen bereits in dem Abkommen zu berücksichtigen, zumal ihnen im Rahmen der gegenwärtig laufenden Beratungen beim EG-Ministerrat über den Vorschlag einer „Mutter-Tochter-Richtlinie" Rechnung zu tragen ist. Deutscherseits besteht die Bereitschaft, das neue Abkommen – wenn nötig – den neuen Verhältnissen anzupassen.

Soweit danach das Abkommen unter europäischen Gesichtspunkten als unbefriedigend angesehen werden muß, wird die Bundesregierung weitere Verbesserungen im Rahmen der europäischen Steuerharmonisierung oder in bilateralen Verhandlungen anstreben.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können sie wie bisher in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Nach bisherigem Recht können Zinsen, die von einem der Vertragsstaaten in den anderen Vertragsstaat fließen, im Quellenstaat in bestimmten Fällen gar nicht, in anderen Fällen ohne jede Begrenzung besteuert werden (vgl. im einzelnen Artikel 8 des bestehenden Abkommens). Nach dem Revisionsabkommen kann von den Zinsen eine einheitliche Quellensteuer von 10 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen erhoben werden. Dies entspricht dem OECD-Musterabkommen, nicht jedoch der Vertragspraxis der Bundesrepublik Deutschland mit Industrieländern; für die künftige europäische Rechtsentwicklung kann der Bestimmung nach Auffassung der Bundesregierung keine Leitwirkung zukommen. Der Wohnsitzstaat des Empfängers rechnet die Steuer des Quellenstaats auf seine Steuer von den Zinseinkünften an (Artikel 24). Absatz 3 befreit bestimmte Zinsen – abweichend von der allgemeinen Regelung – völlig von der Steuer des Quellenstaats. Hierzu gehören vor allem Zinsen für Lieferkredite und gewisse öffentliche Schuldverschreibungen und Zinszahlungen an die Vertragsstaaten, ihre Länder, Gebietskörperschaften oder Zentralbanken. Eine Sonderregelung ist ferner für Zinsen vorgesehen, die zwischen Banken gezahlt werden (Protokollbestimmung Nr. 11).

Zu den Sonderregelungen für Zinsen aus Forderungen mit Gewinnbeteiligungen sowie zum Verfahren wird auf das zu Artikel 10 Gesagte verwiesen.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten eine Definition des Begriffs der Zinsen sowie den üblichen Betriebsstättenvorbehalt. Sie geben eine Quellendefinition und behandeln den Fall, daß zwischen Nahestehenden überhöhte Zinsen gezahlt werden.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren. Nach Absatz 1 können sie – wie bisher – in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

Lizenzgebühren sind nach dem bisherigen Abkommen in der Regel im Quellenstaat von den dortigen Steuern befreit. Demgegenüber läßt das neue Abkommen einen auf 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren begrenzten Quellenabzug zu. Die Steuerfreiheit bleibt aber erhalten für Lizenzgebühren aus literarischen, dramaturgischen, musikalischen und künstlerischen Werken sowie für Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen. Die Erhebung einer Abzugsteuer bei technologischen Urheberrechten und know how sowie bei Rechten auf die Nutzung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen entspricht nicht dem OECD-Musterabkommen und kann nach Auffassung der Bundesregierung nicht Leitlinie für die künftige Rechtsentwicklung in der EG sein.

Der Wohnsitzstaat des Empfängers der Lizenzgebühren rechnet die Steuer des Quellenstaats auf seine Steuer an (Artikel 24).

Die Absätze 4 bis 7 definieren den Begriff der Lizenzgebühren (vgl. hierzu auch die Protokollbestimmung Nr. 6 zu Artikel 8 betreffend Entgelte für Containerüberlassung), regeln die Besteuerungsbefugnisse für den Fall, daß Lizenzen im anderen Staat zusammen mit dortigen Betriebsstätten besteuert werden, und behandeln den Fall, daß zwischen Nahestehenden überhöhte Lizenzgebühren gezahlt werden. Zum Verfahren wird auf das unter Artikel 10 hierzu Gesagte verwiesen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Sie können nur im Wohnsitzstaat des Veräußerers besteuert werden (Absatz 4), soweit nicht die Absätze 1 bis 3 zulassen, daß sie im Belegenheits- bzw. Quellenstaat besteuert werden. Die Protokollbestimmung Nr. 12 zu diesem Artikel vermeidet doppelte Belastungen im Falle der Besteuerung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland (§ 6 Außensteuergesetz und ähnliche Bestimmungen).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Grundsätzlich hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht; dem Staat der Arbeitsausübung steht ein Besteuerungsrecht jedoch dann zu, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit über eine feste Einrichtung verfügt; dies entspricht im wesentlichen bisherigem Recht.

Absatz 2 erläutert den Begriff „freier Beruf" im einzelnen.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Sie sind grundsätzlich im Wohnsitzstaat zu versteuern; bei Ausübung im anderen Staat können sie aber dort besteuert werden. Wird der Arbeitnehmer jedoch dort nur vorübergehend von einem nicht dort ansässigen Unternehmer (einschließlich Drittstaats-Unternehmen) eingesetzt (z. B. als Monteur), so wird dieser Grundsatz zugunsten des Wohnsitzstaats einge-

schränkt. Diese „183-Tageklausel" fehlt im bisherigen Abkommen; durch sie werden in Zukunft Verzerrungen im lohnsteuerlichen Bereich vermieden, zu denen es nach dem alten Abkommen kommt.

Absatz 3 enthält eine Sonderregelung für das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr.

Für Arbeitnehmer, die im anderen Staat im Wege des Arbeitnehmerverleihs tätig sind, enthält die Protokollbestimmung Nr. 13 zu Artikeln 15 und 24 eine Sonderregelung, die eine neutrale Besteuerung gewährleistet.

Die Protokollbestimmung Nr. 22 Buchstabe b zu Artikel 31 enthält eine Sonderregelung, um den beobachteten lohnsteuerlichen Verzerrungen bereits vor dem Zeitpunkt der allgemeinen Anwendung des Abkommens entgegentreten zu können; für Einkünfte aus kurzfristig in Italien ausgeübter Tätigkeit gilt bis zur Anwendung des neuen Abkommens die Anrechnungsmethode (Protokollbestimmung Nr. 16 Buchstabe e).

Die in der Protokollbestimmung Nr. 22 Buchstabe b vorgesehene Anwendung dieser Regelung ab 1. Januar 1989 ist allerdings aus verfassungsrechtlichen Gründen erst ab 1. Januar des Jahres möglich, in dem das Zustimmungsgesetz in Kraft tritt (Hinweis auf Artikel 2 des Entwurfs für das Zustimmungsgesetz).

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist. Eine etwaige Doppelbesteuerung wird durch Steueranrechnung im Wohnsitzstaat vermieden (Artikel 24).

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Einkünfte von Künstlern und Sportlern in dem Staat besteuert werden, in dem diese ihre Tätigkeit ausüben (Absatz 1); dies entspricht dem OECD-Musterabkommen. Eine Änderung tritt gegenüber dem bisherigen Abkommen bei freiberuflich Tätigen ein, die im Staat der Arbeitsausübung keine feste Einrichtung haben. Die dem OECD-Musterabkommen folgende Regelung stellt jetzt selbständig und nichtselbständig tätige Freiberufler auf diesem Gebiet gleich. Absatz 2 soll Steuerumgehungen begegnen. Absatz 3 enthält eine Ausnahme von der Besteuerung im Tätigkeitsstaat.

Soweit der Auftritt öffentlich finanziert wird, ist der Wohnsitzstaat steuerberechtigt. Soweit im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden kann, wird eine Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung im Wohnsitzstaat vermieden (Artikel 24 Abs. 3 Buchstabe b) iv).

Zu Artikel 18

Nach diesem Artikel können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden. Dies entspricht im wesentlichen dem geltenden Recht. Wegen Altersbezügen aus der Sozialversicherung ist auf das zu Artikel 19 Gesagte zu verweisen.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Arbeitsentgelte, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden. Derartige Bezüge sind dem Kassenstaat zur ausschließlichen Besteuerung vorbehalten, wenn sie an eigene Staatsangehörige (auch an Doppelstaatler) gezahlt werden (Absatz 1); dies gilt auch für Ortskräfte. Die Stellung von Kräften ohne die Staatsangehörigkeit des Kassenstaats regelt eine Sonderklausel (Absatz 1 Buchstabe b) ii). Dies entspricht dem bestehenden Abkommen in der gemeinsam durch die beiden Vertragsstaaten vereinbarten Handhabung. Das gleiche gilt für die aus öffentlichen Kassen gezahlten Ruhegehälter (Absatz 2).

Die Regelung ist auf öffentliche Tätigkeiten und gewisse vergleichbare Tätigkeiten beschränkt. Die Protokollbestimmung Nr. 14 zu Artikel 19 bezieht klarstellend auch die Tätigkeit bei den kulturellen Einrichtungen und Schulen, die ein Staat auf dem Gebiete des anderen Staates hat, in den Regelungsbereich ein. Wegen der Vielfalt der kulturellen Beziehungen ist vorgesehen, daß durch Verständigungsvereinbarungen diese Bestimmungen auch auf ähnliche Einrichtungen ausgedehnt werden können.

Absatz 4 regelt die Besteuerung von Sozialversicherungsrenten und ähnlichen Vergütungen. Neuerer deutscher Vertragspraxis entsprechend können sie ausschließlich im Staat der zahlenden Kasse besteuert werden, wenn der Empfänger ausschließlich Staatsangehöriger dieses Staates ist. Für andere Personen (das sind vor allem Staatsangehörige des anderen Staates) sieht das Abkommen die im OECD-Musterabkommen allgemein vorgesehene Wohnsitzbesteuerung vor. Bei deutschen Sozialversicherungsrenten kann dies zu Härten führen: Nach deutschem Steuerrecht sind diese nur mit dem sog. Ertragsanteil (vgl. § 22 Abs. 2 EStG) steuerpflichtig, während Italien normalerweise den vollen Betrag steuerlich erfaßt. Die Protokollbestimmung Nr. 14 zu Artikel 19 sieht zur Vermeidung solcher Härten eine Sonderregelung zugunsten ehemals in der Bundesrepublik Deutschland tätiger, nach Italien zurückgekehrter italienischer Staatsangehöriger vor: Danach wird die italienische Steuer nur auf den Betrag erhoben, der nach deutschem Steuerrecht zu besteuern wäre (d. h. auf den Ertragsanteil). Das Recht des italienischen Rentenempfängers auf vollen Abzug der in Italien bestehenden Freibeträge bleibt unberührt. Im Gegenzug sichert die deutsche Seite einen Abschlag vom Bruttobetrag der italienischen Sozialversicherungsrenten zu, der die nach italienischem Recht zu gewährenden Freibeträge erreicht.

Absatz 4 enthält eine Sonderregelung bei Leistungen für die Folgen von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung.

Zu den Artikeln 20 und 21

Die Bestimmungen dieser Artikel sollen den Austausch von in Ausbildung stehenden Personen sowie von Lehrern fördern. Sie befreien Unterhalts- und Studiengelder von der Steuer des Empfangsstaats (Artikel 20) und belassen es für Lehrer bei nicht mehr als zweijähriger Entsendung bei der Besteuerung im Wohnsitzstaat (Artikel 21).

Zu Artikel 22

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelt sind, dem Wohnsitzstaat des Empfängers zu. Absatz 2 regelt den Fall, daß derartige Einkünfte über eine Betriebsstätte bezogen werden (hierzu Hinweis auf das unter Artikel 7 Gesagte).

Für Unterhaltszahlungen weist die Protokollbestimmung Nr. 15 das Besteuerungsrecht dem Wohnsitzstaat des Zahlenden zu.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder zu einer festen Einrichtung gehört, entsprechend den Regelungen für die daraus erzielten Einkünfte im Belegenheitsstaat besteuert werden. Für Seeschiffe und Luftfahrzeuge sieht Absatz 3 die Besteuerung in dem Staat vor, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

In der Protokollbestimmung Nr. 1 zu Artikel 2 ist vorgesehen, daß diese Bestimmungen auch von der italienischen Seite angewandt werden, falls Italien in Zukunft eine Vermögensteuer einführt.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel bildet die vertragliche Rechtsgrundlage, nach der der Wohnsitzstaat bei den nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zu besteuernden Einkünften die Doppelbesteuerung vermeidet.

Absatz 1 bestimmt, wie Italien bei den dort ansässigen Personen die Doppelbesteuerung bei den in der Bundesrepublik Deutschland zu besteuernden Einkünften vermeidet. Dies geschieht in der Weise, daß die von der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des Abkommens erhobenen Steuern auf die entsprechenden italienischen Steuern angerechnet werden. Italien geht damit von der Freistellungsmethode unter Progressionsvorbehalt (gegenwärtiges Abkommen) auf die Anrechnungsmethode über; dies entspricht der gesamten neueren italienischen Abkommenspraxis.

Anzumerken ist:

- Die Freistellungsmethode wird beibehalten für die von deutschen Tochtergesellschaften stammenden Dividendenbezüge italienischer Muttergesellschaften (Absatz 2 Buchstabe b).
- Die Steueranrechnung umfaßt auch die deutsche Gewerbesteuer (Absatz 2 Buchstabe a).
- Die durch den Übergang von der Freistellungs- auf die Anrechnungsmethode für deutsche Staatsbürger in Italien entstehenden Auswirkungen sind mit der italienischen Seite erörtert worden und können beim Entstehen von Schwierigkeiten oder Zweifeln im Verständigungswege weiter erörtert werden.

Absatz 3 bestimmt, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet. Es geschieht entsprechend der deutschen Vertragspraxis teilweise nach der Freistellungsmethode und teilweise nach der Anrechnungsmethode.

Nach der Freistellungsmethode – Buchstabe a – sind von der deutschen Besteuerung befreit:

- Einkünfte aus in Italien belegenem unbeweglichem Vermögen (Artikel 6), aus in Italien belegenem unbeweglichem Vermögen von Betriebsstätten (Artikel 5 und 7) und festen Einrichtungen (Artikel 14) einschließlich der Einkünfte aus der Veräußerung dieses Vermögens (Artikel 13). Dies gilt entsprechend für das den Einkünften zugrunde liegende Vermögen (Artikel 23 Abs. 1 und 2);
- Dividenden, die deutsche Muttergesellschaften von ihren italienischen Tochtergesellschaften (Mindestbeteiligung 10 v. H.) beziehen, sowie die diesen Dividenden zugrunde liegenden Beteiligungen;
- Einkünfte aus in Italien ausgeübter nichtselbständiger Tätigkeit (Artikel 15 Abs. 1); Ausnahme: Arbeitnehmerverleih (Protokollbestimmung Nr. 13 zu Artikeln 15 und 24);
- Vergütungen im öffentlichen Dienst, die allein in Italien besteuert werden können (Artikel 19);
- die anderen, nicht unter Buchstabe b des Absatzes genannten Einkünfte.

Die Abkommensregelung sieht vor, daß die steuerbefreiten Einkünfte im Rahmen des Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG) zu berücksichtigen sind.

Absatz 3 Buchstabe b regelt, für welche der aus Italien stammenden Einkünfte eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Steuerpflichtigen die Anrechnungsmethode gilt. Danach ist unter Beachtung der deutschen Anrechnungsvorschriften (vgl. § 34c EStG) die von folgenden Einkünften erhobene italienische Steuer auf die deutsche Steuer anzurechnen:

- Dividenden aus Streubesitz (Artikel 10 Abs. 2), Zinsen (Artikel 11) und Lizenzgebühren (Artikel 12);
- Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Artikel 16);
- Einkünfte aus der Tätigkeit als Künstler oder Sportler (Artikel 17).

Im Vergleich zum bisherigen Rechtszustand ist von Bedeutung, daß künftig auch Zinsen aus dinglich gesicherten Forderungen und Schuldverschreibungen, Ausschüttungen auf GmbH-Anteile und gewisse Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit als Künstler oder Sportler unter die Anrechnungsmethode fallen.

Die Protokollbestimmungen Nr. 16 zu Artikel 24, Nr. 17 zu Artikel 24 und 6 bis 22 sowie Nr. 18 zu Artikel 24 und 26 enthalten begleitende Einzelbestimmungen, die die Anwendungsbereiche von Freistellungs- und Anrechnungsmethode sachgerecht abgrenzen. So ist folgendes vorgesehen:

- Bei Qualifikationskonflikten werden einerseits Doppelbesteuerungen durch Anrechnung vermieden; andererseits wird aber auch verhindert, daß Einkünfte wegen eines Qualifikationskonflikts unbesteuert bleiben; dies entspricht einer sachgerechten Auslegung des Doppelbesteuerungsabkommens nach seinem Sinn und Zweck.
- Keine Freistellung, sondern eine Anrechnung kommt in Frage, wenn Einkünfte nicht der ordnungsgemäßen Besteuerung unterliegen.
- Die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung stehen der Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei Weiterausschüttung von Einkünften nicht entgegen.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel soll Diskriminierungen bei den Steuern verhindern, die unter das Abkommen fallen. Eine entsprechende Vorschrift fehlt im bisherigen Abkommen.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und daß Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigt werden können.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt den zwischenstaatlichen Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind. Er entspricht dem OECD-Musterabkommen. Der Austausch von Informationen zwischen den Finanzverwaltungen ist auch in der EG-Amtshilfe-Richtlinie und in dem deutsch-italienischen Rechtshilfeabkommen vom 9. Juni 1938 geregelt. Um die Rechtslage für die Beteiligten übersichtlich zu halten, bestimmt die Protokollbestimmung Nr. 20 zu Artikel 27, daß für die unter das Abkommen fallenden Steuern der Informationsaustausch nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts beider Vertragsstaaten erfolgt, mit dem die EG-Amtshilfe-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wurde. Dies bedeutet auf deutscher Seite, daß insoweit das EG-Amtshilfegesetz anzuwenden ist.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte diplomatischer und konsularischer Beamter nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Durchführung von Abkommensbestimmungen im Bereich der Abzugsteuern (z. B. Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Steuerabzug nach § 50a EStG). Das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Erstattungsverfahren kann im Verständigungswege auch durch andere Verfahren, insbesondere durch ein Freistellungsverfahren, ersetzt werden. Für Lizenzgebühren sieht die Protokollbestimmung Nr. 21 zu diesem Artikel bereits den Übergang vom Erstattungs- zum Freistellungsverfahren vor.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel regelt die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens. Nach seinem Absatz 2 findet das Abkommen erstmals auf das Jahr Anwendung, das dem Jahr folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Für Zinsen und Lizenzgebühren, für die das Abkommen teilweise die Erhebung von Abzugsteuern neu zuläßt, ist in Absatz 4 eine Schonfrist vorgesehen. Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit, die in Italien für einen deutschen Arbeitgeber ausgeübt wird, können laut Protokollbestimmungen Nr. 22 Buchstabe b und Nr. 16 Buchstabe e rückwirkend ab 1. Januar 1989 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden (unter Anrechnung italienischer Steuern).

Nach der Verfassungsrechtsprechung könnte eine rückwirkende Anwendung jedoch grundsätzlich nur dann erfolgen, wenn der Deutsche Bundestag abschließend vor Ende des Jahres 1989 über das Zustimmungsgesetz entscheidet. Da dies nicht möglich ist, ist eine rückwirkende Anwendung somit – vorausgesetzt, die Entscheidung des Deutschen Bundestages erfolgt im Jahre 1990 – erst ab 1. 1. 1990 möglich. Absatz 3 enthält eine Bestimmung über das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

Zu Artikel 32

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 028142 3. 90
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333